

Südbayerischer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbayerische Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Postzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 209.

Freitag, den 6. September 1918.

25. Jahrg.

Eine Kanzlerrede zum preußischen Wahlrecht.

Der Reichskanzler hat Mittwoch im Verfassungsausschuss des Herrenhauses in seiner Weise ganz klar und ehrlich gesprochen. Er hat gesagt, daß er für das gleiche Wahlrecht eintritt, nicht etwa, weil er selbst ein überzeugter Anhänger wäre — im Gegenteil weiß auch er „die Bedenken zu würdigen“ —, sondern nur deshalb, weil es vom König versprochen ist. Das ist für den Grafen Hertling der entscheidende Punkt, und darum steht und fällt er mit der preußischen Wahlreform.

Mit überraschender Offenheit hat Graf Hertling gesagt, um was es sich hier nach seiner Überzeugung handelt: um nicht mehr und nicht weniger als um die Erhaltung von Krone und Dynastie. Der Gedankengang, den er hier leise berührt hat, ließe sich vielleicht nicht ohne Gewinn noch näher ausführen. Der Weltkrieg hat das monarchische Regierungssystem ins Wanken gebracht, er hat sein stärkstes Bollwerk, den russischen Zarenthron, zertrümmert. Bleibt der monarchischen Gegenrevolution der Erfolg verjagt, dann wird man von Lissabon bis Wladivostok durch Republiken reifen mit den beiden Unterbrechungen Spanien und Deutschland.

Im Weltkrieg selbst haben sich die Gegner aus dem demokratisch-republikanischen Gedanken eine politische Angriffswaffe geschmiedet; die bescheidene Rolle, die die Könige von England, Italien und Belgien spielen, hat sie nicht verhindert, ihr Bündnis als einen Block der Weltdemokratie erscheinen zu lassen, der gegen Militarismus und Autokratie kämpft. Dies alles muß in irgendeiner Art und Weise seine Rückwirkungen haben, auch nach Deutschland hinein, Rückwirkungen, über deren Wesen und Umfang man ein zutreffendes Urteil erst gewinnen wird, wenn die Drahtverhaue abgetragen sind und nicht mehr bloß feindliche Fliegerposten einen selbst am verzerrten Gedankenaustrausch zwischen den Völkern vermitteln. Deutschland wird anders aus dem Kriege hervorgehen als es in ihn hineingegangen ist, und auch die Monarchie wird sich diesem Umwandlungsprozeß nicht zu entziehen vermögen.

Man begreift also, daß ein so eifriger Anhänger der monarchischen Staatsform, wie der alte Graf Hertling, nicht ohne Sorge um die Zukunft ist, und daß diese Sorge auf sein ganzes politisches Handeln bestimmend einwirkt. Daraus erklärt sich auch seine Aufrichtigkeit, die über den Rahmen der politischen Klugheit vielleicht schon ein wenig hinausgreift, und sein inständiger Appell an die Edlen und Erlauchten, die Monarchie doch nicht einer allzu harten Belastungsprobe auszuweisen.

Aber bei aller Aufrichtigkeit bleibt Hertlings Rede und noch mehr sein Handeln inkonsequent. Gerade als Monarchist, der um die Zukunft der Monarchie besorgt ist, hätte Graf Hertling seinem König raten müssen, an seiner Stelle einen überzeugten Anhänger des gleichen Wahlrechts zum Kanzler zu machen, einen Mann, der gegen das Prinzip staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit keine antiquierten Bedenken hat, sondern seine Durchführung im schnellsten Tempo über alle Hindernisse hinwegzuführen und der dies alles nicht der regierenden Familie, sondern dem Volke zuliebe tut.

Ein solcher Mann hätte zugleich auch den von Hertling angestrebten Zweck ohne Bruch und Widerspruch erfüllen können. Hertling kann es nicht, denn jener Zweck kann doch nur nebenbei erreicht werden. Wird er aber als der eigentliche Hauptzweck hingestellt, so bekommt die ganze Sache sofort ein anderes Gesicht. Dann erscheint die Wahlreform nur noch als Mittel zum Zweck, als ein Zugeständnis, das von der Not der Zeit erzwungen ist, und mit innerem Widerstreben gemacht wird, sie muß dann vollständig die Wirkung verfehlen, die dem Grafen Hertling als die wichtigste erscheint.

Die ganze Rede des alten Grafen Hertling ist gleichsam durchdrungen von der Furcht vor einer „zu weitgehenden Radikalisierung“. Die Wahlreform mit den geplanten und von Hertling gebilligten Sicherungen erscheint — nur noch als Mittel in einem System der elastischen Verteidigung: man nimmt seine Linien zurück, um sich etwas weiter hinten desto stärker einzugraben. Diesem Zweck sollen die Sicherungen, soll insbesondere die Erweiterung der Rechte des Herrenhauses dienen.

Ja, im September 1918 denkt man in Preußen-Deutschland daran, Herrenhausrechte zu erweitern, um einer „zu weitgehenden Radikalisierung“ vorzubeugen!

Ueber den weiteren Verlauf der Generaldebatte im Herrenhaus meldet der amtliche Bericht nichts. Jedoch hören wir, daß Hertlings elastische Verteidigung wenig Anhänger hat. Die Herren schwören auf das starre System, wollen sich auf Kompromisse nicht einlassen und beabsichtigen den Entwurf des Abgeordnetenhauses gründlich umzumodeln — im Sinne eines berufsständischen Wahlrechts! Das würde dann, da solche kindischen Pläne nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung haben, auf die Verschleppung hinauslaufen, als deren Wirkung der Reichskanzler schwere Erschütterungen befürchtet.

An solchen Erschütterungen trügen dann aber diejenigen Schuld, die in schwerer zu übertreffender Verblendung die wichtigste innerpolitische Angelegenheit des Reiches dem Herrenhaus zur Entscheidung übertragen haben. Während dieser Graf Hertling, wie er das Kindlein der preußischen Wahlreform mit warmen Segenssprüchen dem Edlen Oldenburg von Jannschau in die Arme legt. Sein Gesicht hätten wir sehen mögen . . . !

Graf Hertling will die Wahlreform durch das Herrenhaus für die Krone. Wir aber wollen alles für das Volk und durch das Volk! Da klafft ein Abgrund! Wo ist die Brücke?

Die Rede Hertlings hat folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Ich möchte mir gestatten, ehe Sie in die Beratung der Materie selbst eintreten, ein ganz kurzes Wort zu Ihnen zu sprechen; nicht, daß ich Ihnen erst den ganzen Ernst der Stunde und die Tragweite der zu fassenden Beschlüsse vor Augen zu bringen hätte, davon sind Sie ja selbst vollständig durchdrungen. Wir können sagen, daß zurzeit die Augen aller politisch interessierten Kreise, nicht nur in Preußen, auf das Herrenhaus und die zu fassenden Beschlüsse gerichtet sind. Aber ich halte es wohl für zweckmäßig, den Herren gleich zu Anfang die Stellung und den Standpunkt der königlichen Staatsregierung mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen. Die Staatsregierung sieht es als ihre Aufgabe an, das in der Juli-Verfassung ausgesprochene königliche Wort dem Sinne nach zur Erfüllung zu bringen. Wie von Kriegsbeginn an alle Söhne des Vaterlandes in gleicher Weise sich ihrer Pflicht bewußt waren und in gleicher Weise das Vaterland verteidigt haben, mit Aufbietung aller Kräfte, wie hier von sozialer Differenzierung nicht die Rede war, sondern hoch und niedrig, arm und reich, gebildete und ungebildete in gleicher Weise ihre Pflicht erfüllt haben, so soll auch nach dem Kriege im Frieden, den wir erhoffen, keine soziale Differenz in der einfachsten politischen Betätigung und im Wahlgeschäfte stattfinden. Das ist der Sinn, in dem ich von Anfang an das königliche Wort verstanden habe, als ich dem zum zweiten Male an mich ergehenden Ruf des Kaisers und Königs nachgekommen bin und trotz aller Bedenken das schwere Amt auf meine alten Schultern genommen habe und der ich entschlossen bin, mit allen meinen Kräften nachzukommen, mit der ich stehe und falle. Jeder, der nach mir an diese Stelle treten wird, wird sich vor die gleiche Aufgabe gestellt sehen und darum ist es unser aller Aufgabe, den Weg zu suchen und zu finden, der zur Einlösung des königlichen Wortes führt.

Meine Herren! Ich sagte schon, auf die Person der Minister kommt es nicht an, aber es handelt sich auch nicht mehr um die ministerielle Verantwortlichkeit im gewöhnlichen staatsrechtlichen Sinne. Es steht viel mehr auf dem Spiele. Nach meiner ehrlichen Überzeugung handelt es sich, meine Herren, in dieser schweren Frage um den Schutz und die Erhaltung von Krone und Dynastie. Finden Sie also den Weg, der zur Beständigkeit führt! In der Gestalt, in der das Abgeordnetenhaus die Vorlage an Sie hat gelangen lassen, sieht die Staatsregierung keine Möglichkeit der Zustimmung, wie das auch schon gesagt worden ist. Finden Sie also den Weg, der dem königlichen Wort vollauf gerecht wird und der den Bedenken, die Sie hegen, möglichst entgegenkommt.

Ich habe schon im anderen Hause, im Abgeordnetenhause, gesagt, daß ich die Bedenken der Herren gegen die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vollkommen zu würdigen weiß. Aber, meine Herren! Diese Bedenken müssen in der Zeit, in der wir leben, zurückgestellt werden hinter die größere Aufgabe, die wertvollsten Güter unseres staatlichen Lebens, die Dynastie und Krone zu schützen. Ueber das Tempo, in dem wir diesen Weg suchen und finden, erlaube ich mir keine Vorschläge zu machen. Auch den Reichstagsabgeordneten — ich sage das, um falschen Nachrichten in den Zeitungen entgegenzutreten — habe ich gesagt; in der Sache bin ich ganz fest; bezüglich des Tempos bitte ich mir freie Hand zu lassen. Und so sage ich auch, meine Herren; es wird unsererseits kein Druck auf Sie ausgeübt werden. Wir werden Sie in sachlicher Weise jederzeit zu unterstützen bereit sein, daß Sie in absehbarer Zeit zu einem Resultat gelangen. Jeder aufsteigende Verdacht eines Verschleppungsversuches würde der Agitation Nahrung geben und zu schweren Erschütterungen führen.

Meine Herren! Ich habe schon gesagt: Jeder, der nach mir an dieser Stelle steht, wird dieselbe Aufgabe aufnehmen müssen. Er wird sie aber wahrscheinlich dann unter relativ ungünstigeren Verhältnissen durchzuführen haben. Jetzt, meine Herren, kann das Gesetz noch mit solchen Sicherungen versehen werden, daß dadurch einer zu weitgehenden Radikalisierung unseres staatlichen Lebens vorgebeugt wird. Ob das später noch möglich sein wird, steht dahin. Alle diese Gedanken möchte ich noch recht eindringlich Ihren Erwägungen anheimgeben. Damit möchte ich meine kurzen Worte schließen.

Die großen Kämpfe im Westen

nehmen ihren Fortgang. Sie haben zu einer weiteren Zurückverlegung unserer Linien geführt. Der halbamtliche Wolff-Kommentar bemerkt dazu:

Der Angriff vom 2. September, den der Gegner mit starken Kräften erneut gegen Abschnitt zwischen Oise und Aisne richtete, brachte ihn nur geringen Gewinngewinn. Er mußte sich

mit einer geringen Einbuhrung der deutschen Linie südöstlich Cauchy la Chateau bis zu dem auf die Höhe der Straße Couch-Soissons gelegenen Vertchen Terny-Sorny begnügen und dafür eine Menge gefangener Tanks und Toter auf dem Kampflage lassen. Auch der Einsatz von Amerikanern, Italienern und Marokkanern, die den Anstürmen neue Kraft und Elan verleihen sollten, konnte den Erfolg nicht erweitern. Am Nachmittage des 3. 9. versuchte er, die kleine Beute in Richtung auf Bazouillon zu erweitern und zur selben Zeit das südlich von Lauffay der Aisne zu anslauende Höhen Gelände zu gewinnen. Wie an den vorhergehenden Tagen war der Himmel mit schweren Regenwolken bezogen. Ein plötzliches Aufhellen gegen Mittag gestattete den eigenen Truppen eine Einsicht in die feindlichen Absichten, so daß der Anlauf zu dem Angriff in dem zusammengefaßten Artilleriefeuer, das hartnäckig auf den Bereitstellungsräumen lag, den Gegner beträchtlich zu lären vermochte, nicht in der beabsichtigten Weise zur Entwicklung kommen konnte.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 5. September, abends (Amtlich.) Die Gefechtsfähigkeit blieb auf kleinere Kämpfe im Bots Gelände unserer neuen Stellungen beschränkt.

Die Gegner berichten:

Belgischer Bericht. In der Nacht vom 2. zum 3. September drang eine unserer Patrouillen in einen feindlichen Posten südlich Dignemund ein und machte nach einem Kampfe Mann gegen Mann die ganze Besatzung kampfunfähig und brachte sie gefangen zurück. In der Nacht zum 4. September nahmen wir nach kurzer Artillerievorbereitung die feindlichen Werke Kloster-Nolen in der Gegend Mercken. Dieses Unternehmen brachte uns über 30 Gefangene, Maschinengewehre und Granatwerfer. Unsere Truppen hielten sich in den eroberten Werken. Am 4. September verdichtete sich die Artillerietätigkeit vor unserer Front südlich der Vier.

Französischer Bericht vom 3. September, 11 Uhr abends: — Unsere Infanterieabteilungen übergriffen die Summe gegenüber von Epenancourt. Weiter südlich fochten unsere Truppen in dem Dorfe Courcy im Osten des Nordkanals Fuß und machten 200 Gefangene. Im Osten von Rogon verwickelten wir neue Fortschritte und erreichten die Zugänge von Salency. Der Artilleriekampf erhielt sich in dieser ganzen Gegend lebhaft. Im Laufe der gestrigen Kämpfe machten wir zwischen der Ailette und der Aisne 12 000 Gefangene. Ein feindlicher Handstreich im Abschnitt von Biola hatte kein Ergebnis.

Französischer Bericht vom 4. September, abends. Nachdem unsere Truppen an den vorhergehenden Tagen den hartnäckigen Widerstand des Feindes gebrochen hatten, zwangen sie ihn heute nördlich der Oise und Besse-Front, den Rückzug anzutreten. Zwischen Nordanal und Oise blieben unsere Vortruppen, den feindlichen Nachhut auf den Felsen, überschritten übermunt, erreichten die Ränder Esmerzy-Palton und besetzten den Spitals-Wald. Weiter südlich geht unsere Linie über Frenches, Guiscard, Beaugi, Grandu, Mandescourt und Apillo. Weiter östlich überschritten wir die Ailette und erreichten Marizelle. Nördöstlich Manicamp ließ der Feind zahlreiche Gefangene, Kanonen, Material und viel Proviant in unseren Händen. Zwischen Ailette und Aisne dauerte die Schlacht auf der Hochfläche nördlich Soissons an. In seiner rechten Flanke bedroht, zog sich der Feind nördlich der Besse zurück. Wir nahmen Bucy le Lang und die Moncal nördlich der Aisne. Weiter rechts überschritten unsere Truppen die Besse in einer Ausbeugung von 30 Kilometer. Wir kamen durch Chassemy, Bronelle, Bauberlin, Blangy und fochten Fuß auf dem Höhenkamm nördlich Basleux. Unter dem fortgesetzten Druck der verbündeten Kräfte zieht sich der Feind nördlich der Besse zurück. Unsere Truppen drängten ihn hart nach und nahmen Bazoges, Perlos, Fismettes und Basleux. Sie machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre und erreichten die Linie Bazouere-Blangy le Grand. In den Bogenen wurde eine feindliche Patrouille zurückgetrieben, wobei sie Gefangene in unseren Händen ließ.

Englischer Bericht vom 3. September, abends: — Nacht der dem Feinde gestern zugefügten schweren Niederlage, festhielt heute unsere Fortschritte an der Schlachtfeld zwischen Fes-ronne und de Senes fort. Unsere Truppen erreichten die allgemeine Linie Vires-Beaumes-les-Cambrai-Parallele Rumaucourt — Lecluse. Die feindlichen Nachhut, die sich dem Vorrücken unserer Infanterie widersetzen, wurden gefangen genommen oder zurückgedrängt. Die deutschen Kolonnen erlitten unter dem Feuer unserer Artillerie schwere Verluste. Starke feindliche Abteilungen, die sich in geschlossenen Reihen bei den Kämpfen im Nordwesten von Equancourt zurückzogen, wurden unmittelbar unter dem Feuer unserer Batterien genommen. Bei diesem überstürzten Rückzug ließ der Feind bedeutende Mengen von Munition und Material aller Art im Stich, dessen wir uns bemächtigten. Infolge der im Süden der Oise ausgeführten glücklichen Unternehmung nahmen die englischen Truppen Richebourg-St. Raast und legten sich an der Landstraße nach La Bassée zwischen dieser Stadt und Charres fest, das sich in unserer Hand befindet. Im Laufe dieses Angriffes machten wir eine Anzahl Gefangene und erbeuteten einige Geschütze. Wir hoben unsere Vorposten leicht vor bis zum westlichen Ende von Lens ebenso wie im Osten und Norden von Epenancourt le-Ra Bassée. Während der Nacht machten unsere Truppen Fortschritte im Nordwesten von Steenwert und zogen in Bulverghem ein.

Englischer Bericht vom 4. September, nachmittags. Von der Front werden kleinere Kampfhandlungen an verschiedenen Stellen gemeldet. Wir erreichten die Ostseite des Canal du Nord und den Norden der Straße Arras-Cambrai und nahmen Courty-St. Quentin. Im Ois-Abschnitt wurden gestern und heute nach weitere Fortschritte südlich und nördlich des Flusses gemacht. Unsere Truppen nähern sich Neuve Chapelle und Laventie und nahmen Sailly-sur-Oise, Dieppe und Peronnarin. (2)

Englischer Bericht vom 4. September, abends. Englische Truppen erzwangen den Übergang über den Lortillo-Fluss und über den Nord-Kanal auf breiter Front nördlich von... Am frühesten Morgen stand der Feind am östlichen Flussufer am Kanal und suchte mit Artillerie- und Maschinengewehrzug unser Vordringen auf dieser Linie aufzuhalten. Trotz der natürlichen Stärke der feindlichen Stellungen drangen unsere Truppen mit großer Entschlossenheit und mit Mut vor und erreichten die Dörfer Manancourt und Etricourt. Nach Überwindung der Hindernisse, die Kanal und Fluss darstellten, machten sie wertvolle Fortschritte auf dem ansteigenden Gelände. Weiter nördlich nahmen britische und neuseeländische Divisionen Manancourt und erreichten die äußerste nördliche Grenz des Havincourt-Waldes östlich der Kanallinie. Andere englische Divisionen erreichten das Westufer des Kanals gegenüber Lemicourt und besetzten und schlugen einen feindlichen Gegenangriff ab. Englische Truppen rückten von Norden her in Moures ein und stehen dort noch im Kampf. Sie befinden sich an dieser Stelle in den Verteidigungsanlagen der alten Hindenburglinie. Im Laufe unserer Vordringens sind weitere Gefangene gemacht worden. Material fiel in unsere Hände, darunter zwei von drei deutschen Tanks, die vom Feinde ohne Erfolg im Gegenangriff vom 31. August benutzt waren. An der Lps-Front machten unsere Truppen ebenfalls an verschiedenen Punkten Fortschritte.

Amerikanischer Bericht vom 4. September. Unter dem fortgesetzten Druck der verbündeten Kräfte zieht sich der Feind nördlich der Besse zurück. Unsere Truppen drängten ihn schrittweise nach und nahmen Bazoches, Verlos, Bismertis und Bastieux. Sie machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre und erreichten die Linie Bourcère-Blangy le Grand. In den Vogelen wurde eine feindliche Patrouille zurückgetrieben, wobei sie Gefangene in unseren Händen ließ.

Was der Krieg bringt.

Ludendorff und Hindenburg über die militärische Lage.
Der Berliner Korrespondent des „Nz Ost“, Derl, hatte im Großen Hauptquartier eine Unterredung mit Hindenburg und Ludendorff. General Ludendorff sagte: Wir haben das erlittene Ringen bisher in Ehren bestanden und sind zuversichtlich, daß wir dies auch weiter tun werden. Die Amerikaner leisten keine unbedeutende Hilfe an Menschen und Material. Daß aber amerikanische Hilfe ausschlaggebend für das Schicksal des Krieges sei, das ist eine eitle Hoffnung der Entente. Wir sind mit der russischen Dampfwalze fertig geworden und werden auch mit Amerika fertig werden. Unser Wille zum Sieg bleibt unzerbrochen, und wir werden den Vernichtungswillen des Feindes zerschlagen. Hindenburg fügte aus: Das Nichtdurchdringen der baltisch-ungarischen Offensive an der Piave ist nicht zuzuschreiben. Der Grund dafür ist im Naturereignis, dem Übermaß der Anschwollen der Piave zu suchen. Unten in Paläna ist es den Engländern auch nicht gelungen, durch ihre verlustreichen Angriffe den tapferen Widerstand der türkischen Armee zu durchbrechen. In Persien und an der Murmanküste will England sich festsetzen und verfolgt damit seine eigentümlichen Zwecke. Aber es will außerdem versuchen, Rußland erneut in den Krieg zu ziehen und das gequälte Land wieder zum Kriegsschauplatz zu machen. Der Entscheidungsschlacht für uns Mittelkräfte spielt sich jetzt aber nicht an der Front ab. Wir Mittelkräfte halten in unserem Verteidigungskampf Schulter an Schulter fest zusammen. Unsere Tätigkeit macht uns stark. Wir werden nach ruhmreichem Kampfe einmündig in die Heimat zu gesicherter friedlicher Arbeit zurückkehren und dann die Früchte unseres Kampfes ernten. Bis zu diesem Ziel heißt es durchhalten.

Der Wiener Bericht.

Wiener, 5. September. (Amtlich.)
Italienischer Kriegsschauplatz.
Im Corno-Gebiet, östlich des Monte Verico, führten Unternehmungen unserer Sturmtruppen zu vollem Erfolge. In den sieben Gemeinden und an der Piave wurden feindliche Erkundungstrupps vereitelt.
Albanien.
Die Lage ist unverändert.

Henderson stellt ein Ultimatum!

Henderson erklärte laut „Morning Post“ vom 22. August als einem Reutervertreter gegenüber: Troelstras in der „Humanität“ wiedergegebene Äußerungen zeigten, daß er, Henderson, sich über die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten getäuuscht habe. „Es scheint, daß die Annahme der neutralen Denkschrift durch die deutschen Mehrheitssozialisten nichts zu bedeuten hatte, und nicht, wie ich glaubte, als Anzeichen einer neuen Gesinnung gedeutet werden durfte, in welcher sie bereit sind würden, an alle Friedensprobleme heranzugehen. Troelstra erklärt bestimmt, daß sie ihre Haltung nicht geändert haben. Kennt das der Fall ist, so ist es sehr bedauerlich. Es bedeutet, daß die deutschen Mehrheitssozialisten ihre Haltung nicht geändert haben, die Verbandssozialisten nun ihrerseits fest auf den beschlossenen der Internationalen Konferenz bestehen müssen. Diese Konferenz erklärte alle auf einer internationalen Konferenz vertretenen Organisationen sollen in präziser Form eine öffentliche Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgeben in Uebereinstimmung mit den Grundfäden „keine Annexionen oder Entschädigungen; Recht aller Völker auf Selbstbestimmung“. Statt anzugeben, in welcher Hinsicht die Vorschläge der Verbandssozialisten diesen allgemeinen Grundfäden widersprechen, verweisen uns die deutschen Mehrheitssozialisten auf eine Denkschrift, die sie dem sozialdemokratischen Organisationsauschuss im Juni 1917 unterbreiteten. Diese Bestätigung ihrer alten Gesinnung und Stellungnahme läßt an Verbandssozialisten nur einen Weg offen. Sie müssen die Vorschläge der Denkschrift der Verbandssozialisten zu antworten und um weitere Mißverständnisse zu vermeiden, ihren Standpunkt klar formulieren. Wir müssen wissen, ob die deutsche Mehrheitspartei wirklich nicht in der Lage ist, mit uns zusammen eine territoriale Lösung der territorialen Fragen zu suchen, von deren Regelung die Dauerhaftigkeit des Friedens abhängt. Das ist nach meiner Ansicht um so mehr nötig, weil ihre Zustimmung gegenüber dem internationalen Vertrag eine Verletzung der Grundfäden des internationalen Sozialismus war und so mit ihrer eigenen sozialdemokratischen Denkschrift in Widerspruch steht.“

Compers europäische Mission.

Compers ist nach Europa gekommen, um die englische und französische Arbeiterbewegung von den Zielen der internationalen Arbeiterbewegung zu überzeugen. Auf einem Bankett, das die englische Regierung ihm zu Ehren gab und auf dem ihn der Ministerpräsident in eigener Person anwies, führte Compers in seiner Antwort aus: Mein Ziel besteht darin, die zusammengeführten Arbeiterbewegungen zu vertreten. Von mir aus mögen sich die Arbeiterbewegungen und Eigenständler in den Salons amüßigen, das ist es nur den Arbeitern überlassen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.



nach bestem Können zu gestalten. In den Vereinigten Staaten hat die Arbeiterbewegung durch wirtschaftliche und politische Aktionen großartige Fortschritte gemacht. Ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, da England, Frankreich, Italien und sogar Deutschland erkennen werden, daß nicht nur die Freiheit der Meere, sondern auch die Freiheit der Seeleute anerkannt werden muß. Ich möchte gern der Bewunderung Ausdruck geben, die man in Amerika für die glänzenden Dienste der englischen Seemannsgewerkschaft im Kampfe um die Freiheit empfindet. Wir von der amerikanischen Mission der Arbeit sind hierher gekommen, um die Einigung der Arbeiter Englands, Frankreichs und Italiens zu versuchen. Wir beabsichtigen, frei zu unseren Regierungen zu reden, um diesen Krieg zu gewinnen. Ihr in England habt große Taten verrichtet im Widerstand gegen die Hunnen, und wir sind euch überaus dankbar. Wir werden nun zu euch halten in dem Glauben, daß der Geist Englands, die Tapferkeit Frankreichs und der Ungeiz Amerikas (!!) diesen Krieg gewinnen werden.“

So redet ein „Arbeiterführer“!

Die britische Gewerkschaftskonferenz.

Ueber die weiteren Verhandlungen und Beschlüsse liegen folgende Meldungen bürgerlicher Blätter vor: Turner sagte, daß man im Felde sehe, um die deutsche Militärmachine zu vernichten und daß er daher nicht mitwirken wolle, in England eine solche Militärmachine aufzurichten. Weiter erklärte er, daß keine internationale Konferenz notwendig sei, bevor die deutsche Sozialdemokratie nicht ihre Kriegsziele bekannt gegeben habe. Er protestierte gegen das Gerücht von der Ausrottung Deutschlands, welches nicht das Opfer einiger Millionen unserer Mannschaften wert sei. Tillet trat für die Pazifisten ein (?) und gegen die Profitmacher. Thomas sagte, daß die Forderung einer Vertretung der Arbeiter auf der Friedenskonferenz einmütig von den Arbeitern geteilt werden müsse. Das Memorandum der Arbeiterkonferenz der Alliierten in London sei noch immer der einzige Versuch geblieben, die Bedingungen in klaren Worten auszu- drücken, welche einen Weltfrieden sichern würden. Nach seiner Ansicht beweisen die Antworten aus Oesterreich und Bulgarien, daß die Demokraten jener Länder auf Seiten der Engländer ständen, aber die Antwort der deutschen Sozialdemokraten sei unbefriedigend. Der Kongreß dürfe nicht zulassen, daß die Kriegsziele der Arbeiter durch die Erfolge an der Westfront verändert werden. Er bat schließlich den Kongreß, eine delegierte Botschaft an die englische Armee im Felde zu senden, um dem Feinde zu erkennen zu geben, daß die englischen Arbeiter nicht gewillt sind, für Gebiets Eroberungen Menschen und Geld zu opfern, sondern daß sie kämpfen wollen, bis der Militarismus beseitigt sei. Einmütig wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Kongreß bestätigt wieder die Entschloßung des Kongresses von Stockholm und fordert die Arbeiter und sozialistischen Parteien der Mittelmächte auf, ihre Kriegsziele bekannt zu geben, als Erwiderung des von der Londoner Arbeiterkonferenz aus den alliierten Ländern genehmigten Kriegszielprogramms, wonach jede besessene Macht, welche einzeln, heimlich und aus eigener Hand den Weltfrieden stören will, vernichtet, oder, wenn das nicht sofort möglich, zur tatsächlichen Ohnmacht gezwungen werden mußte. Der Kongreß fordert weiter, daß bei Beratungen über den Frieden auch Vertreter der Arbeiterorganisationen Zutritt erhalten müßten. Er fordert die Regierung auf, Friedensverhandlungen einzuleiten, sofort nachdem der Feind freiwillig oder gezwungen Frankreich und Belgien geräumt habe und seine Politik wieder auf die Grundfäden des Rechts stützen wolle, welches die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens ist.“

Bekanntlich liegt seitens der deutschen Sozialdemokratie längst eine eingehende Kriegserklärung vor, die zum Ausdruck bringt, daß von uns ein Frieden ohne Annexionen und Kriegsentchädigung erstrebt wird, während die sozialistische Entschloßung der Eroberungspläne der Entente Tür und Tor öffnet. Die Hinausschiebung der Friedensverhandlungen bis nach Ausräumung Belgiens und Frankreichs bedeutet eine unabsehbare Verlängerung des Krieges. Sehr naiv ist es, wenn der britische Gewerkschaftskongreß etwa glaubt, dann würden die imperialistischen Entente-regierungen ihre Politik auf Grundfäden des Rechts stützen. Uns scheint, als ob die britischen Gewerkschaften eine heroische Aufgabe betragen, zur schleunigen Wiederherstellung des Weltfriedens beizutragen, verflucht haben. Die Kriegstreiber und Bis-ans-Ende-Krieger werden sich die Hände reiben.

1 600 000 Amerikaner an den verschiedenen Fronten.

Reuter meldet aus Washington, 4. September: General der amerikanischen Generalstabschef, hat heute bekanntgemacht, daß bis zum 31. August nach allen Fronten, einschließliche Sibirien, mehr als 1 600 000 amerikanische Truppen gelandet worden sind. Von alldieser Seite wurde bei der Verkündung des verhängnisvollen U-Boot-Krieges die amerikanische Hilfe bekanntlich als belanglos hingestellt!

Die Friedensentschloßung des italienischen Sozialisten-Kongresses.

Der sozialistische Nationalkongreß in Rom beendete die Diskussion über die Haltung der Partei und ihre Organe in Bezug auf das Kriegspröblem. Mit 14 000 Stimmen wurde der Antrag des extremen linken Flügels auf scharfe Opposition

gegen den Krieg gutgeheißen. Eine schwächere Fassung, die vom Zentrum vorgeschlagen war, erhielt nur 2507 Stimmen und die Fassung des rechten Flügels und der Parlamentsgruppe 2005 Stimmen. Die Veröffentlichung der angenommenen Entschloßung wurde von der Zensur nicht zugelassen. Der „Secolo“ bemerkt dazu, daß man sich eine ungefähre Idee davon machen könne, wenn man den Text der verworfenen mittleren Gruppe lenne. Diese erklärt ihr feurigstes, unbezwingliches Verlangen nach einer allerhöchsten Beendigung des Krieges und spricht ihre Zustimmung zu den Grundfäden von Zimmerwald und Kienthal aus. Da eine Anzahl Parteimitglieder durch ihre Haltung den Verdacht erregten, als ob die Partei in irgend einer Weise den Forderungen nicht zustimmte, verlangt sie von der Parteileitung scharfstes Vorgehen gegen alle Parteigenossen, die diesen Grundfäden zuwider handeln.

Diese Entschloßung der italienischen Genossen unterscheidet sich vorteilhaft von derjenigen der englischen Gewerkschaftskonferenz, die der baldigen Herbeiführung des Friedens nicht dienlich ist. In dem Wunsch nach allerhöchster Beendigung des Krieges sind die deutschen Sozialdemokraten mit den italienischen völlig einig, wie ihre Politik überhaupt auf dieses Ziel gerichtet ist.

Donai vor der Verwüstung.

Die Engländer beabsichtigen offenbar dem schön gelegenen, wohlhabenden Städtchen Donai dasselbe Schicksal zu bereiten, das St. Quentin und viele andere pikardische Orte auslöschte. Ihre Fliegergeschwader nehmen es seit einiger Zeit systematisch unter Feuer und verwüsten es mit schweren Geschossen. In der Nacht zum Donnerstag warfen sie weit über 100 Bomben und 60 schwere Granaten auf die Stadt, die 27 Häuser vollständig zerstörte und 50 bis zur Unkenntlichkeit demolierte. Eine dieser Fliegerbomben traf die Petruskirche und forderte zahlreiche Opfer der Zivilbevölkerung. Die meisten Toten und Verwundeten sind Frauen und Kinder.

Torpediert.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt, wurde der holländische Dampfer „Merak“, 3024 Br.-Reg.-T., der von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt wurde, am 7. August torpediert.

Ein neues Ministerium in Polen.

Nach einem Telegramm der „Bos. Ztg.“ aus Krakau melden die „Nova Reforma“ aus Warschau, daß nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten nach Warschau das Kabinett seine Demission beschlossen habe, die vom Regentensrat auch angenommen wurde. Als Ursache gilt die Krankheit des Ministerpräsidenten sowie Meinungsverschiedenheiten im Kabinett. Kultusminister Borckowski und Handelsminister Stoniowski nahmen in der Frage der Verhandlungen mit Deutschland eine abweichende Haltung ein. Als zukünftiger Ministerpräsident gilt Winz Radziwill. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der bisherige Ministerpräsident das Finanzportefeuille behält, wie überhaupt die meisten Minister auf ihren Posten bleiben dürften.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Nach der „Zwestija“ äußerte sich Krasin über den Zusatzvertrag zum Brest-Litovsk-Vertrag folgendermaßen: Die nächste Aufgabe Rußlands muß die Entwicklung des Warenaustausches mit Deutschland sein. Geschlecht dieses nicht, wenn auch nur in minimalem Umfang, so besteht die Möglichkeit eines neuen Kriegsüberflusses Deutschlands. Ausgeführt sollen Waren werden, die wir nicht unbedingt notwendig haben, oder die wir nicht auszuheben können, so Metallabfälle, Sand, Glas, Leder, Felle, Borsten, Haar- und Holzmaterial, wenn die sibirischen Wege frei werden, vielleicht auch Butter und Talg. Wenn Rußland wirtschaftlich Deutschland boykottieren würde, wird die deutsche Kriegspartei dieses für aggressive Zwecke ausnützen. Die überwiegende Majorität des deutschen Volkes und auch die Handels- und Industriewelt ist für ein volles Ueberkommen mit Rußland. Deutschland wird zweifellos auch einen fünften Winterfeldzug aushalten können. Die Entkräftung Deutschlands darf man nicht in dem Sinne verstehen, daß es nicht den Krieg weiter bestehen könne. Dank der wundervollen Organisation und Disziplin des ganzen Volkes und seiner Gebuld und Ausdauer wird Deutschland wahrscheinlich imstande sein, die Lasten des Krieges noch einige Jahre zu tragen.

England und Rußland.

Reuter stellt die von amtlicher russischer Seite gemeldeten Vorgänge in der britischen Botschaft zu Petersburg so dar, als ob der Ueberfall der britischen Botschaft durch russische Truppen zum Zweck der Plünderung erfolgte, der sich der englische Militärattache widersetzte, wobei er unter Verletzung des Völkerrechts und der Immunität der diplomatischen Vertreter ermordet wurde. Seine Leiche sei verstümmelt. Die Botschaft wurde geplündert und alle Papiere vernichtet. Man fürchte jetzt einen gleichen Anschlag auf die französische Botschaft, wo Beteiligungsmaßnahmen getroffen werden. Die Bolschewiki reizten den Pöbel zum Mord von Engländern und Franzosen auf.

Von der britischen Regierung wurde folgendes Ultimatum an Rußland gerichtet: „Wir haben Nachricht empfangen, daß ein verbrecherischer Angriff auf die englische Gesandtschaft in Petersburg unternommen worden ist, daß das Gebäude geplündert und das Innere vernichtet worden ist, ferner, daß der Kapitän Cronz, der versuchte, das Gebäude zu verteidigen, ermordet wurde und seine Leiche in barbarischer Weise verstümmelt wurde. Wir fordern sofortige Genugthuung und Bestrafung aller derjenigen, die für dieses abscheuliche Verbrechen verantwortlich sind oder dabei betroffen sind. Wenn die russische Sowjetregierung keine vollkommene Genugthuung gibt, oder wenn weitere Gewalttaten gegen englische Untertanen vorkommen, wird die englische Regierung die Mitglieder der Sowjetregierung persönlich verantwortlich machen und alles daransetzen, daß die Regierungen aller zivilisierten Staaten sie als vogelfrei behandeln und ihnen keine Zufluchtsstätte mehr gewähren werden.“

Die Sowjetregierung ist bereits durch Herrn Litwinow davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung seiner Majestät bereit war, alles Mögliche zu tun, um die sofortige Rückkehr der offiziellen Vertreter Englands bei der russischen Sowjetregierung nach ihrer Heimat zu bewerkstelligen. Seiner Majestät Regierung garantiert, daß, sobald die englischen Beamten die russisch-finnische Grenze überschreiten, Litwinow und alle Mitglieder seines Personals die Erlaubnis erhalten sollen, sich sofort nach Rußland zu begeben.

Wir erzählen noch, erklärt Reuter weiter, daß am 29. August ein Beschluß veröffentlicht wurde, wonach die Verhaftung aller französischen und englischen Untertanen zwischen 18 und 40 Jahren angeordnet wurde und daß englische Beamte auf die Beschuldigung hin, an der Verschwörung gegen die Sowjetregierung teilgenommen zu haben, verhaftet worden sind.

Die Sowjetregierung an das russische Volk.

Als Antwort auf das Attentat auf Lenin veröffentlicht das Allrussische Zentralrevolutionärskomitee sofort folgenden Aufruf an das Volk:

„Allen Arbeiter- und Bauernojats, allen Deputierten der roten Armee, allen Heeren, allen, allen, allen!“

Vor einigen Stunden ist ein verbrecherisches Attentat auf den Genossen Lenin verübt worden. Die Rolle, die Genosse Lenin gespielt hat, seine Bedeutung für die russische Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung der ganzen Welt ist in den weitesten Kreisen der Arbeiter aller Länder bekannt. Als echter Führer der Arbeiterklasse verlor Genosse Lenin nie den engsten Zusammenhang mit dieser Klasse, für deren Interessen und Mitleid er seit einigen Jahrzehnten immer eingetreten ist. Von Zeit zu Zeit sprach er in Arbeiterversammlungen, so am Freitag bei den Arbeitern des Nischelohn-Werkes im Samosowitsch-Rajon der Stadt Moskau. Beim Verlassen des Meetings ist Genosse Lenin verwundet worden. Zwei von den Schießenden sind verhaftet worden. Ihre Personalien werden festgestellt. Wir zweifeln nicht daran, daß sich auch hier Spuren der Rechten Sozialrevolutionäre finden werden, Spuren der Missetäter der Engländer und Franzosen. Wir bitten alle Genossen, die Ruhe vollständig zu bewahren und ihre Arbeit im Kampfe mit den gegenrevolutionären Elementen zu verstärken. Die Arbeiterklasse wird die Attentate, die gegen ihre Führer gerichtet werden, mit noch größerer Konzentration ihrer Kräfte mit einem schonungslosen Massenterror gegen alle Feinde der Revolution beantworten.

Genossen! Vergesst nicht, daß der Schutz eurer Führer in euren eigenen Händen liegt. Schließt eure Reihen noch enger zusammen und ihr werdet der Bourgeoisie Herrschaft den tödlichen Schlag geben. Der Sieg über die Bourgeoisie ist die beste Garantie, die beste Befestigung aller Errungenschaften der Oktoberrevolution. Die beste Garantie für die Sicherheit der Führer der Arbeiterklasse ist Ruhe und Organisation. Alle müssen standhaft auf ihrem Posten bleiben. Die Reihen müssen geschlossen werden. Der Vorsitzende des Allrussischen Zentralrevolutionärskomitees.

J. Swerdlow.

Am 30. August 1918 um 10 Uhr 40 Minuten abends.

Woher nehmen sie das Geld?

„Browda“ bringt in Nr. 180 folgende aufsehenerregende Meldung:

In Zarizyn wurde eine Verschwörung der Rechten Sozialrevolutionäre entdeckt. Die Führer wurden verhaftet. Bei der Untersuchung wurden verschiedene Dokumente gefunden und neun Millionen Rubel, die unter der Erde versteckt waren. Es ist schon seit langem bekannt, daß die Herren Sozialrevolutionäre über große Mittel verfügen. Schon im Dezember kam es ans Licht, daß das Bankkonto des uneigennütigen Krenzki über eine Million betrug. Jede neu aufgedeckte Verschwörung bestätigt, daß die Beteiligten große Gehälter beziehen. Woher nehmen die Rechten Sozialrevolutionäre soviel Geld? Es ist allbekannt, daß die Massen der Sozialrevolutionäre nicht folgen, und von den Arbeitergroßen kann man nicht neun Millionen ersparen. Es ist auch bekannt, daß die „Großmutter“ der russischen Revolution, Brestko-Brestowskaja, den Weg zu den amerikanischen Millionen gebahnt hatte. Damals war noch eine verhältnismäßig billige Zeit. Jetzt werden Dienstleistungen besser bezahlt. Der französische Konsul meinte, daß man für die konstituierende Volksversammlung 120 Millionen „ausgeben könne“. Warum soll man dann nicht neun Millionen den Sozialrevolutionären aus Zarizyn geben? Nun wissen wir, woher die neun Millionen kommen, wer das Geld gibt, für das die Rechten Sozialrevolutionäre arbeiten. Die französischen Wachstere können zahlen, sie nehmen gute Zinsen dafür.

Während die Sozialrevolutionäre für das Geld der amerikanischen und französischen Sklavenbesitzer, im engsten Kontakt mit den Feldherren der Verbündeten arbeiten und ihre Korps auffordern, die russischen Arbeiter zu würgen, veranstalten die Arbeiter Frankreichs Demonstrationen gegen die Einmischung der Entente in die russischen Angelegenheiten. Das heißt, daß, wenn die Sozialrevolutionäre mit Millionen klugeln, sie nicht nur das russische, sondern auch das französische Proletariat verkaufen. Und ihre Vertreter verlangen noch die Unterstützung der Bolschewiki aus der Internationale. Wie wird wohl auf der franko-sozialrevolutionären Börse dieser Geschäftsdiener bewertet?

Die russische Textilzentrale

hat eine Kommission zur Annahme von Manufakturwaren gebildet. Alle vorhandenen Manufakturwaren müssen in die amtlichen Lagerräume geschafft werden und gehen in den Besitz der Republik über. Es besteht der Plan, den privaten Großhandel mit Manufakturwaren ganz zu unterbinden. Der Erlös aus dem Verkauf der Manufakturwaren aus den amtlichen Lagern wird zur Herstellung neuer Manufakturwaren verwendet.

Deutsche Sowjets in Rußland.

Aus Saratow wird der B. I. A. mitgeteilt: Alle Sowjets der deutschen Kolonien haben beschlossen, den Ueberfluß von Getreide nach Moskau und Petersburg zu senden. In Saratow wurde unter den deutschen Kolonisten ein deutsches Kommissariat für die nationalen Bedürfnisse der Deutschen gegründet. Diesem deutschen Kommissariat wurde vorgeschlagen, in den Gouvernements-Vollziehungsausschuss einen Vertreter mit dem Recht der beschließenden Stimme zu senden.

In Archangelst herrscht Hungersnot.

In Onega wird nach der B. I. A. den Arbeitern kein Lohn ausgezahlt. Die feurigen Aufrufe des in Schenkursk eingetroffenen Maslow, in die Volksarmee einzutreten, verhallen fast wirkungslos.

Mexiko will neutral bleiben.

Die Agence Havas berichtet unter dem 3. September aus Mexiko: Gestern abend eröffnete Caranza die Session der mexikanischen gesetzgebenden Versammlung. In seiner Botschaft äußerte er sich über die vollbrachten Arbeiten und die noch zu erfüllenden Aufgaben. Trotz der Schwierigkeiten der Lage werde er sich bemühen, mit allen Ländern freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Wahlrechtsauschuß des Herrenhauses.

Im Wahlrechtsauschuß des Herrenhauses erklärte Donnerstag der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, auf die Anfrage, ob die Staatsregierung auch heute im Falle der

Der amtliche Kriegsbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Boehn. Erkundungsabteilungen des Feindes, die zwischen Ypern und La Bassée und nördlich von Lens unter starkem Feuerbeschlag vorrückten, wurden abgewiesen. Am Abend schlugen hessische Truppen zwischen Blogstert und Armentieres mehrfache Angriffe des Gegners zurück. Wir machten hierbei mehr als 100 Gefangene. Erfolgreicher Vorstoß in die englischen Gräben bei Hulluch. Im Bergelände unserer neuverführten Stellungen kam es zu heftigen Kämpfergefechten an der Straße Bapaume—Cambrai, am Walde von Havrincourt und auf den Höhen östlich des Fortillierschnittes. Stärkere Angriffe, die der Feind auf der Linie Neuville—Manancourt—Moislains führte, wurden abgewiesen. Aus Personne über die Somme ist der Feind erst gestern zögernd unseren Nachhuten gefolgt. Zwischen Somme und Oise drängte er schärfer nach und stand am Abend westlich der Linie Sam—Chauny. Auch zwischen Oise und Aisne hat sich die Stellung vom Gegner plangemäß vollzogen. Unsere Posten stehen mit ihm in Gefechtsführung in der Linie Amigny—Barris—Laffaug—Coudé.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Soissons ist der Feind über die Weste gelangt. Unsere Infanterieabteilungen und Artillerie haben ihn lange aufgehalten und ihm Verluste zugefügt. Auf den Höhen nordwestlich von Fismes wurden stärkere Angriffe der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Rudendorff.

Der U-Boot-Bericht.

Berlin, 6. September. (Amtlich.) Unsere Mittelmeer-U-Boote versenkten 13 000 Brutto-Registertons. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ablehnung des gleichen Wahlrechts zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten werde, daß er auf die Erklärung der Staatsregierung zu dieser Frage im Abgeordnetenhaus verweise, die noch heute maßgebend sei. Der Wunsch nach Verständigung wurde allseits betont und dabei auf die großen Bedenken hingewiesen, die gegenüber einer etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges beständen. Die neue Fraktion steht einstimmig, Sicherungen vorausgesetzt, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts. Der Vizepräsident des Staatsministeriums führte aus, daß auch die Regierung jene Bedenken würdige und gerade deshalb nach einer Verständigung strebe, die allerdings das Prinzip des Erlasses vom 11. Juli 1917 nicht berühren dürfe. Daß die Parlamentarisierung der Regierung eine notwendige Folge der Erweiterung des Wahlrechts sein werde, glaube er nicht. Die Auswahl der Minister sei das Recht der Krone, und so werde es auch in Zukunft bleiben.

Es erscheint uns ganz ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsberatungen im Herrenhause zu einem Ergebnis führen können, welches das Volk befriedigt. Der Wunsch nach Verständigung hat der Hintergedanke, das Wahlrecht möglichst so zu gestalten, daß es in seiner Wirkung möglichst wenig an den bestehenden Machtverhältnissen ändert. Und die Regierung ist bestrebt, dazu ihre Hand zu bieten, wie ihre Zustimmung zu den „Sicherungen“, die sie geradezu empfiehlt, beweist.

Die Reichstagsnawahl in Berlin I.

Der zunächst in Aussicht genommene freisinnige Kandidat Landtagsabgeordneter Cassel hat abgelehnt, sich aufstellen zu lassen. Für ihn wird jetzt der Geheimrat Maximilian Kempner vorgeschlagen. Das „Berliner Tageblatt“ setzt sich nachdrücklich für die Kandidatur Dernburg, des früheren Staatssekretärs ein.

Einmalige Kriegszulagen an Beamte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: Einmalige Kriegsteuerzulagen an Beamte: Die Grundzüge für die einmaligen Kriegsteuerzulagen an die Beamten, Volksschullehrer und Geistlichen und die einmaligen Kriegsteilnahmen an der Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen von Beamten usw. stehen nunmehr fest. Allen für die Gewährung der laufenden Kriegsteuerzulagen in Betracht kommenden planmäßig angestellten und außerplanmäßigen Staatsbeamten mit einem Dienstverdienst bis zu 20 000 Mark einschließlich wird sofort eine außerordentliche einmalige Kriegsteuerzulage ausgezahlt. Für den kinderlos Verheirateten beträgt die Zulage mindestens 500 Mk. und höchstens 1000 Mk. Sie wird im einzelnen wie folgt berechnet: Zu einem Grundbetrag von 250 Mk. tritt der volle Betrag des monatlichen Gehalts ohne Wehrungsgeldzuschuß hinzu. Der sich bei dieser Berechnung ergebende Betrag wird, soweit er unter 500 Mk. zurückbleibt, auf 500 Mk. erhöht, soweit er 1000 Mk. übersteigt, auf 1000 Mk. ermäßigt. Verheiratete mit Kindern erhalten für jedes Kind weitere Kinderzulagen von je 10 v. H. der sich aus vorigem Absatz ergebenden Gesamtzulage. Die Unverheirateten als einmalige Kriegsteuerzulage 70 v. H. der für die kinderlos Verheirateten geltenden Zulage. Unmittelbare Staatsbeamte, Volksschullehrer und Geistliche im Ruhestande sowie die Hinterbliebenen von unmittelbaren Staatsbeamten, Volksschullehrern und Geistlichen erhalten unter denselben Voraussetzungen sofort eine außerordentliche einmalige Kriegsteilnahme von mindestens 50 v. H., höchstens aber 100 v. H. derjenigen Summe, die an einmaliger Kriegsteuerzulage unter Zugrundelegung der von dem Beamten usw. zuletzt bezogenen Gehaltsbezüge zustehen würde, wenn der Beamte usw. noch im Dienste wäre. Vollweihen bis zu 10 Jahren erhalten die ihnen zustehende einmalige Kriegsteilnahme in Höhe von 50 v. H. bis 100 v. H. der für das Kind des entsprechenden aktiven Beamten usw. zuständigen einmaligen Kriegsteuerzulage. Eine nähere Begründung für die von der Regierung getroffene Maßnahme, die über den bisher in der Presse bekannt gemordenen Plan in der Bemessung sowohl des Grundbetrages wie des Mindestbetrages hinausgeht und damit für den geringer besoldeten Teil der Beamenschaft weiter wesentliche Verbesserungen schafft, bleibt vorbehalten.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 6. September.

Die neuen Steuern und die Steuerpolitik des Reiches lautete das Thema über das am Dienstag abend 8 1/4 Uhr der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Stubbe—Camburg in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprechen wird. Die Wichtigkeit des Themas erfordert, daß die Genossinnen und Genossen zahlreich in der Versammlung erscheinen.

Eine unglaubliche Preissteigerung für Milch und Butter.

plant die Reichsstelle für Speisegetreide. Sie will die jetzigen Preise um nicht weniger als ein Drittel erhöhen und sie begründet diesen Sprung, wie er in ähnlichem prozentualen Ausmaß noch nicht dagewesen ist, damit, daß er notwendig sei, lediglich zur Erhaltung der bisherigen Milchmenge. Die Sache ist bereits im Prinzip beschlossene. Antreiber ist die preussische Landes-Milch- und Fettstelle, die ihrerseits wieder von den bekannten agrarischen Kreisen beeinflusst wird. Kommt der Plan zur Durchführung, so ist mit einem für die verschiedenen Gegenden unterschiedlichen Milchpreis von 65 bis 70 Pfg. und einem Butterpreis von 5 bis 6 Mark zu rechnen.

Die Leute, die diesen Plan ausgeheckt haben, scheinen entweder ein unglaubliches Vertrauen in die Langmut der Bevölkerung zu haben, oder von einer geradezu unfähigen Verantwortungslosigkeit zu sein. Man wird die neue Belagerung in erster Linie treffen? Es sind wieder die kinderreichen Familien, die in der Regel auch die ärmsten sind, und da unter diesen wieder die Zahl der Kranken überwiegend, so bedeutet der neue Anschlag in seiner Wirkung nichts anderes, als eine weitere gesundheitliche Schädigung der minderbemittelten Volksschichten. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß zahlreiche Familien zum Verzehr auf die ihnen zustehende Milch- und Buttermenge gezwungen werden. Eine weitere Steigerung der erschreckend zunehmenden Tuberkulosenziffer aber wird die unaussprechliche Folge sein.

Alle bisherigen Preissteigerungen wurden immer mit der zu erwartenden Produktionssteigerung annehmbar zu machen versucht. Niemals aber trat der Erfolg ein. Jetzt glaubt man den Produzenten eine Preiserhöhung um ein Drittel bieten zu müssen, nur um sie zu veranlassen, die bisherige Produktionsmenge gnädig beizubehalten. Jedermann weiß, daß die Ergiebigkeit des Milchviehes erheblich nachgelassen hat, aber es ist geradezu ein Skandal, wenn die in den meisten Bundesstaaten festgesetzte lächerlich geringe Pflichtmenge von zwei Litern von jeder Kuh nicht einmal abgeliefert wird, und unfähig ist es, daß man der abfälligen Zurückhaltung durch immer neuen Preisanstieg belustommen sucht, statt energig durchzugreifen. Denn da, wo vorbildliche Organisationen bestehen und wo man sich nicht bloß mit leeren Drohungen begnügt, nicht sonderbarer Weise die Milch weit ergiebiger. Als eine der Hauptursachen für den Rückgang der Milchproduktion werden die Preise für Heu, Rüben und sonstige Futtermittel bezeichnet. Der Bauer verkauft seine Futterernte, schränkt seine Viehhaltung ein und macht dabei ein gutes Geschäft. Die Erhöhung der Milchpreise aber wird wiederum mit den hohen Butterpreisen begründet.

Die Bevölkerung hat alle Ursache, gegen den geplanten Anschlag auf das energischste zu protestieren, selbst wenn die Maßnahmen, wie erwohnen wird, in einer andern Form zur Durchführung kommen sollte. Wenn die öffentliche Meinung gegen die geplante Maßnahme zu lebhaft Sturm laufen sollte, will man sie in der Weise durchführen, daß die bisherigen Milchpreise zwar beibehalten, die Butter- und Margarinepreise dagegen um zwei Drittel verteuert werden sollen. In welcher Form auch die geplante Belastung verwirklicht werden mag, sicher ist daß die Bevölkerung diese neue Zumutung nicht so ohne weiteres hinnehmen wird. Die maßgebenden Stellen mögen es sich daher wohl überlegen, ob sie den bedrücktesten Volksschichten gegenüber die Verantwortung für den neuen Aderlaß zu übernehmen vermögen!

Wie wir schon mitteilten, besteht in Lübeck die Absicht, den Milchpreis um annähernd 25 Prozent zu verteuern. Ob dabei schon der Plan der Reichsstelle berücksichtigt ist, wissen wir nicht. Selbstverständlich handelt es sich nicht nur um die ungeheuerliche Erhöhung der Preise für Vollmilch, sondern auch derjenigen für Magermilch, Buttermilch usw. Mehr als alle schönen Reden und Schriften wirken solche Maßnahmen auf die Stimmung der Bevölkerung ein.

Die Kartoffelverjorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19.

Unter dem 2. September 1918 hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts die Anordnungen zur Durchführung der Kartoffelverjorgung im neuen Wirtschaftsjahre erlassen. Die Bewirtschaftung soll im wesentlichen auf dieselbe Grundlage gestellt werden wie im Vorjahre. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die Sicherstellung und Verjorgung der Kartoffeln, sowie über die Stellung des Handels innerhalb der Kartoffelbewirtschaftung. Besondere Beachtung soll der Kartoffelproduktion geschenkt werden, um ausreichende Mengen Trocknungsgutes für den Heeresbedarf sowie für die Brotproduktion sicherzustellen. Es werden daher bereits zu Beginn der Herbstkartoffelernte auch den gewerblichen Trocknereien und Stärkefabriken größere Mengen Frischkartoffeln zugeführt werden. Die Lohnproduktion bleibt vorbehaltlich gemäßigter Ausnahmebewilligungen grundsätzlich ausgeschlossen, um die Betriebskraft der beteiligten Unternehmungen voll für die Herstellung von Trocknungserzeugnissen für die öffentliche Verteilung, sowie für den Heeresbedarf auszunutzen. Für schnelle Verarbeitung von Kartoffeln, die dem Verderben ausgesetzt sind, wird durch besondere Maßnahmen Sorge getragen werden.

Da der Ausfall der Ernte und die Gestaltung der Transportverhältnisse noch nicht zu übersehen sind, mußte vorerst an der Wochenkopfnahme für die verjorgungsberechtigte Bevölkerung mit 7 Pfund wie im Vorjahre festgehalten werden.

Die Saatbeschaffung für das Jahr 1919 wird durch die gleichzeitig ergangene Verordnung des Bundesrats vom 2. September geregelt. Da sich die vorjährigen Vorschriften im allgemeinen bewährt haben, werden sie in der neuen Verordnung im wesentlichen beibehalten. Neu ist, daß auch die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen zum Saathandel zugelassen werden. Die Vorschriften über die vom Erwerber vorzuliegenden Bedarfsberechnungen, sowie über die Ausfuhrbewilligung sind mit Rücksicht auf hervorgetretene Mißbräuche ausgebaut worden. Aus demselben Grunde erhalten die Kommunalverbände die Ermächtigung, den Verkauf von Saatkartoffeln auf die Hälfte der in der Wirtschaftskarte errechneten ablieferungspflichtigen Menge zu beschränken. Die Frist zur Einreichung der Saatkartoffelverträge zur Genehmigung ist bis zum 25. November verlängert worden. Für die vom Ausfuhr für Pflanzenkartoffeln der landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands als Originalzuchtungen und Staudenaussätze (Eigenbau) erklärten Saatkartoffeln sind Ausnahmeverordnungen getroffen, um diese für die Förderung der Kartoffelerzeugung besonders wertvollen Zuchtungen vor anderweitiger Inanspruchnahme zu schützen und ihren Absatz zu erleichtern.

Hinsichtlich der Preise behält es mit geringfügigen Abänderungen bei der Regelung des Vorjahres sein Bewenden.

Wie erklärt sich die Wohnungsnot?

Die Frage behandelt der Direktor des hiesigen Statistischen Amtes, Herr Dr. Hartwig, in einem Artikel in den „Lübeckischen Blättern“. Er stellt zunächst fest, daß in Lübeck, wie in vielen Städten, seit Beginn des Krieges die Bevölkerung abgenommen hat, auch übertrifft die Zahl der Sterbefälle die der Geburten um ein Beträchtliches. Infolgedessen geht die Einwohnerzahl zurück und wird, solange der Krieg dauert, noch weiter zurückgehen. Die Zahl der vorhandenen Wohnungen ist aber größer als zu Kriegsbeginn, denn die Baukäuflichkeit hat zwar nachgelassen und ist schließlich ganz eingeschlagen, aber von 1914 bis 1917 sind doch neue Wohnungen geschaffen worden. Weniger Einwohner und mehr Wohnungen. Man sollte danach erwarten, daß die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt während des Krieges bessere geworden sind. Aber das Gegenteil ist der Fall. In vielen Städten hat man eine Wohnungsnot bekommen, die noch immer in der Zunahme begriffen ist. Wie erklärt sich das? Der Bedarf an Wohnungen wird weniger durch die Zahl der Einwohner als die der Haushaltungen bestimmt. Die Zahl der Haushaltungen hat aber im Laufe nicht ab-, sondern zugenommen. Das erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar, erklärt sich aber bei näherer Überlegung ohne alle Schwierigkeiten. Todesfälle machen nur in seltenen Fällen eine Wohnung frei. Dies

Der Krieg zerstört viele Ehen, aber mit wenigen Haushaltungen... Familien zlegen ihre Wohnungen auch nach dem Tode ihres Hauptes zu bekalten. Wer einmal am eigenen Tisch saß, hat begreiflicherweise wenig Neigung, dauernd an einem fremden Tisch zu nehmen. Lieber nimmt man eine kleine Wohnung, als daß man in einem andern Haushalt untertaucht. Der Krieg hat also viele Betten und eine erhebliche Zahl von Zimmern, aber nur verhältnismäßig wenig Wohnungen leergefegt. Die Gesamtzahl der Haushaltungen nahm ständig zu und die Durchschnittszahl der in ihnen Lebenden Personen ist kleiner geworden. So ist die Wohnungsnot entstanden. Dieselben Ursachen, die sie herbeiführten, werden sie auch weiterhin bestehen und sich verschärfen lassen. Der Wohnungsbedarf wird trotz sinkender Bevölkerung automatisch weiter steigen, und die Wohnungsnot kann nur dadurch in erträglichen Grenzen gehalten werden, daß gebaut wird, daß außerdem neue Wohnungen entstehen. Einen anderen Weg, dem Unheil zu wehren, gibt es nicht.

Das ist auch unsere Meinung, die ebenfalls von der sozialdemokratischen Fraktion schon wiederholt in der Bürgerschaft vertreten worden ist und sich zu Anträgen verknüpft hat, die den staatlichen Kleinwohnungsbau fördern.

Nach seiner Entlassung der alten Landstürmer. Der Abg. Dr. Müller-Meinungen war wiederum wegen einer event. möglichen Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms beim preussischen Kriegsministerium vorstellig geworden. In der Antwort, die vom 24. August datiert ist, heißt es: „Auf den Antrag wegen Entlassung der Jahrgänge 1870-72 wird mitgeteilt, daß das Kriegsministerium von seinem wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt nicht abweichen kann. Eine Entlassung auch nur eines Teiles des Jahrganges 1870 ist für absehbare Zeit unmöglich. Der weitestgehenden Ansicht, daß durch eine Teilentlassung die Stimmung zum Durchhalten gestärkt würde, vermag das Kriegsministerium nicht beizutreten, da im Gegenteil eine derartige Maßnahme unerbittliche Konsequenzen bei vielen wecken würde, die in unzähligen weiteren zwecklosen Anträgen zum Ausdruck kommen.“

Der Verband Norddeutscher Frauenvereine, eine bürgerliche Organisation, hält gegenwärtig in Schwartau ihre Jahresversammlung ab. Nach Erstattung des Jahres- und Kassenberichts hielt Frau Eilabeth von Harbou einen Vortrag über „Das Gemeindegewand und die Frau in der Gemeinde“. Sie forderte, daß die Frauen als vollberechtigte und stimmberechtigte Mitglieder den städtischen Kollegien angehören sollten. Daß die Frauen bei Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an ihrer Weiblichkeit einbüßen würden, sei nicht zu befürchten. Rednerin schilderte, auf welchen Gebieten die Frauen schon jetzt wertvolle Mitarbeit leisten und wünschte deren Betätigung auch im Schulwesen und bei den Finanzdeputationen. In Massenpetitionen soll das aktive Kommunalwahlrecht der Frauen verlangt werden. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache. — Anstatt die volle politische Gleichberechtigung der Frau zu fordern, blieb man in Halbheiten stehen, die niemand befriedigen könne.

Das Programm der Livland-Estland-Ausstellung in Lübeck. Am heutigen Freitag wird in der St. Katharinen-Sirche zu Lübeck die Livland-Estland-Ausstellung eröffnet. Die Beschäftigungsdauer ist während der kommenden Tage von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. Schulen und Vereine, die einen gemeinsamen Besuch planen, wollen sich des näheren mit dem Bureau der Ausstellung im Gebäude der Oberfußbahndr. Glockengießerstraße, in Verbindung setzen. Die Livland-Estland-Ausstellung führt ihr Material in vier Gruppen vor. Die zwei ersten Gruppen bilden gleichsam die Einleitung für die Ausstellung. Sie handeln von Natur und Geschichte des dargelegten baltischen Gebietes nördlich der Düna. Uns Lübecker dürfte hier besonders die vom Landesrat Dr. F. Rörig-Riga (Lübeck) bearbeitete Hanszeit interessieren, die ein reiches Material aus dem lübeckischen Staats-

recht darstellt. Die dritte Gruppe streut das reiche Füllhorn der geistig-kulturellen Schätze vor dem Betrachter aus. Jedem wird es reizvoll sein, den Abglanz deutscher Kunst- und Kulturentwicklung im vorgezeichneten Nordostgebiet kennen zu lernen. Mit besonderem Ernst aber wird vernünftig von dem Kundigen die vierte Gruppe studiert werden: die Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr sind hier ausgiebig in genauer und sehr übersichtlicher Darstellung vorgeführt. Eine besondere Stelle ist, was den Kommunalpolitiker interessieren wird, der reich entwickelten Verwaltung der Stadt Riga eingeräumt, den Nachweisen über ihre Bevölkerung, ihre Gewerbetätigkeit, ihre Ausfuhr und Einfuhr und über den zukunftsreichen Rigaer Hafen.

Landauskunft für Stadtkinder. Mittwoch, den 25. September, treffen die ersten Kinder mittags 12 Uhr mit der Segeberger Bahn hier ein; Donnerstag, den 26., um 4,32 Uhr mit der Travemünder, die folgenden; dann Freitag, den 27. um 3,28 mit der Gutiner; Sonnabend, den 28., um 12,34 mit der Büchener und Montag, den 30., mit der Hamburg-Bahn, d. h. die aus Sirkstade und Düchelsdorf kommenden, während die über die Station Reede-Riendorf heimkehrenden erst am 3,22 hier sein können, da der vergebende Zug nicht in Reede-Riendorf hält. Auch in diesem Jahre war die fast fünfmonatige Entsendung der Kinder auf das Land ein voller Erfolg, wenn das Jugendum auch leider nicht so viele Kinder unterbringen konnte, wie es gewünscht hätte. Den massenhaften Anmeldungen — es waren in diesem Jahre über 900 — stand ein gegen das Vorjahr bedeutend verringertes Angebot von Pflegestellen gegenüber. Im ganzen hat das Jugendum 262 Kinder unterbringen können und auch bei den diesjährigen Besuchen der Pflegestellen wurde fast ausnahmslos nur Gutes über das Betragen der Kinder berichtet. Eine Reihe von Kindern ist schon jetzt für nächsten Sommer wieder eingelaufen, und gar manche von den älteren werden Eltern nach ihrer Einjegung als Mädchen oder Knacht zu ihren bisherigen Pflegeeltern zurückkehren.

Wer war dabei? Die beiden jungen Leute, die am 27. v. Mts. abends zwischen 10 und 11 Uhr bei der Rettung eines jungen Mädchens aus dem Stadthafen bei der Bootsanlegestelle an der Wuppenbrücke zugegen waren, werden erwischt, sich baldmöglichst bei dem Polizeiamt, Schiffsboden Nr. 16, II Zimmer 2 zu melden.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat August in 175 Fällen gemeldet. Davon betrafen 112 Fälle (4 tödlich verlaufen) Diphtherie, 23 Masern, 18 (1 tödlich) Ruhr, 16 Scharlach, 4 (1 tödlich) Typhus, 2 Genickstarre.

Hamburg. Das Opfer einer Gasvergiftung ist ein hochbegabtes Ehepaar Schäfer, das in Fuhlsbüttel wohnt, geworden. Ein von Nachbarn herbeigerufener Schutzmann fand den Mann tot in der Bettdecke liegend vor. Bei der zwischen Schlafzimmer und Küche auf dem Fußboden liegenden Frau hatte das Gas, das dem offengelassenen Gahn eines Kochapparates entströmt war, noch nicht tödlich gewirkt. Die Frau wurde in besorgniserregendem Zustande dem Krankenhaus zugeführt. — Die auseräumte Wohnung. Während sich die Inhaber einer Wohnung in der Rosfelder Straße auf einige Stunden aus dem Hause begeben hatten, waren Einbrecher tätig, die den größten Teil der Einrichtung stahlen. In einer halben Stunde machten die Diebe reines Tisch. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf 125 000 Mark. In der Hauptsache haben die Spitzhaken Silbergeschmück und Wäsche, viele Schmuckstücke, Dekan, 400 Zigaretten, 2000 Zigaretten, 64 Flaschen Wein und Sekt, Kleidungsstücke und Schuhe gestohlen. Unter den Sachen befinden sich 300 große Badhandtücher und 425 Handtücher, zahlreiche Schürzen und 700 Mark in bar.

Hamburg. Für den Ausbau des Fischereihafens in Cuxhaven bewilligte die Bürgerschaft fünfzweihundert Millionen Mark. Gleichzeitig sprach sie die Erwartung aus, daß die

vorgesehene Vergrößerung des St. Pauli-Fischmarktes alsbald in Angriff genommen werde.

Schwarzenbek. Ein Großfeuer kam hier am Mittwoch nachmittag in den Lauenburgischen Nahrungsmittelwerken E. G. m. b. H. zum Ausbruch. Das Feuer entstand im Darrraum, wahrscheinlich durch Selbstentzündung des dort in großen Mengen lagernden Laubheues. Die Flammen fanden hier so reichlich Nahrung, daß sie kaum hoch zum Himmel schlugen und bald darauf auch die Zersärfabrik im Mittelgebäude in Brand setzten und sie ebenfalls bis auf die Grundmauern einäscherten. Der freiwilligen Feuerwehr gelang es, die ausgedehnten Mühlenräume, die bereits Feuer gefangen hatten, und die Lagerschuppen zu retten. — Großer Butterdiebstahl. Ein Gebrauch ist nachts in der Meierei Kalkuhle (Gemeinde Sirkstade) ausgeführt worden. Aus der Meierei, die einfaun Hege, sind vier Tonnen Butter zu je hundert Pfund entwendet worden. Einem Urklauber begegneten nachts zwei Männer, die jeder in einem Sack eine Tonne trugen und den Fußsteig in der Nähe der Meierei passierten. Er schöpfe Verdacht und legte dem Meiereiverwalter keine Wahrnehmung mit. Die Verfolgung hatte leider keinen Erfolg, da die Diebe inzwischen spurlos verschwunden waren.

Kiel. Die Unabhängigen und die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Wie das „Berliner Mitteilungsblatt“ mitteilt, haben die hiesigen Unabhängigen in ihrer letzten Versammlung beschlossen, sich an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Der Beschluß ist gegen eine starke Minderheit gefaßt worden; ein Beweis, daß es auch unter den Unabhängigen noch Leute gibt, die vielleicht von dem Mißerfolg des vorigen Jahres bekehrt wurden, vielleicht auch von der Erkenntnis ausgehen, daß eine Verpflückung der Arbeiterbewegung den Arbeitern selbst den größten Schaden verursacht. Der gesunde Sinn der Kieler Arbeiterkassen wird es hoffentlich zuwege bringen, diesen Mißerfolg noch zu vertieren. Auf keinen Fall hat die Kieler Arbeiterkassen Ursache, gegen die Tätigkeit unserer Fraktion im Rathaus dadurch mißtrauisch zu werden, daß sie einigen unabhängigen Altermeldhelfern Schlepperdienste leistet.

Soldau. Eine große Feuersbrunst kam auf bislang unaufgeklärte Weise, wahrscheinlich aber durch Selbstentzündung, in der Postkammerischen Trocknungsanstalt in Soldau zum Ausbruch, wo Laubheu getrocknet wurde. Es wurde nicht nur das gesamte Laubheu, sondern auch der Lager- und Maschinenraum von dem Feuer vernichtet.

Literarisches.

Krieger-Renten und Familienversorgung. Führer für Kriegsinvaliden, Krieger-Witwen und -Waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen, von Arbeitersekretär Gustav Krüger, Magdeburg. Preis 75 Pfg. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Die Schrift erläutert kurz und treffend alle Militärrentenangelegenheiten und darüber hinaus die Bestimmungen über Zusatzrenten, widerrufliche Unterstützungen und sonstige außerhalb des eigentlichen Militärversorgungsgesetzes geschaffene Hilfsquellen für alle Leidtragenden des großen Krieges. Neben der reinen militärischen Versorgung sind auch die Ansprüche aus der sozialen Gesetzgebung berücksichtigt. In einem besonderen Nachtrag sind auch die erst vor kurzem erlassenen Bestimmungen über die Feuerungsgewährungen der Militär- und Hinterbliebenenrenten behandelt. Sowohl durch diese Aktualität als auch durch die beigefügten Muster für Ansprüche und Eingaben wird der Wert des Schriftchens noch ganz besonders erhöht. Wir können die Anschaffung jedem Interessenten empfehlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zünftiger Maschinen Schlosser od. Monteur
gesucht zur Instandhaltung der Brennerie, Trocknerie, Motorpflügen, Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinenpark eines Rittergutes Nähe Berlins. (4257)
Ausführliche schriftliche Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten von solchen Bewerbern, die bereits auf Dampfmaschinen oder Lokomobilen und möglichst auf Explosionsmotoren gearbeitet haben, an
G. Seitz, Lübeck,
Fackenburger Allee 64 a.

Ziichler, Zimmerleute u. Schlosser
werden eingestellt von (4247)
Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H.
Werft Warnemünde.

Gestern erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber guter Sohn, Bruder, Onkel und Bräutigam, der Musterier (4260)
Ehrich Schröder
am 30. Aug. 1918 seinem Bruder Richard als Opfer des grausamen Weltkrieges gefolgt ist.
In tiefem Schmerz
August Schröder u. Frau geb. Franz,
Bernhard Schröder, zuz. im Felde.
Hans Schröder, zurzeit im Lazarett.
Konrad Schröder,
Johanna Resenhöft, als Braut u. Fam. Resenhöft.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zustelle Lübeck.
Nachruf.
Am Dienstag, dem 3. September, starb unser Mitglied, der Kollege
Oskar Svenbon.
Seine heimlichen Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, dem 9. September, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Bornort Friedhofe statt.
4261 Die Ortsverwaltung.

Gesucht zum 1. Oktober
eine Kontoristin
zu allen Kontorarbeiten.
Ang. u. G B 65 an d. Exp. (4255)

Morgen- od. Tagesfrau od. -Mädchen gesucht. Gronau, 4262
Stavenstr. 10-12, 93

Neuer Blutwagen
zu verkaufen. (4252)
Glückw. 12.

Bilbig zu verk. vollständig geordnete Abdrucke des „Lüb. Gen.-Anzeigers“ v. 25. 6. 1914 h. heute. (4256) An der Mauer 106, 1.

Eine Häsln mit acht Jungen
zu verkaufen. (4251)
Chausstr. 2, part.

Größere Puddingform
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. K T an die Expd. (4258)

Achtung, Friseur!
Männerschneitthaar p. Silo 3.— Mt. fast
Albert Schütt, Lübeck,
4246) Königsstr. 62, part.
Empfehle mein (4248)

Rasier- u. Haarschneide-Geschäft
von Sonnabends mitt. u. Sonntags bis 1 Uhr.
Frauer, Ziegelstraße 19 c.

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungsringe
4244
Willi Westfahl

32 Holstenstrasse 32

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettedorn u. Daun
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Meine Sprechstunden sind wieder
von 9-1 vorm. u. 3-5 nachm.
Zahnarzt Schantz,
Breite Straße 37. (4249)

Hansa-Theater
Anfang 8 Uhr.
Lachen 4243
ohne Ende.
Klaus
der Ungeschickte
und
die Variété-Schlager.
Sonntag, den 8. September
die 2 letzten Vorstellungen.

Livland-Estland-Ausstellung Lübeck
6. bis 15. September 1918
in der St. Katharinenkirche.
Eintrittspreis 50 Pfennige.
Besichtigungszeit: Täglich von 10 bis 1/2 2 Uhr
und von 3 bis 7 Uhr.
Vorträge: Sonnabend, den 7. September: Stadt-
probst Erdmann-Riga: Baltisches Luther-
tum im Kampfe mit russischem Staats-
kirchentum.
Montag, den 9. September: Architekt
Pirang-Riga: Das baltische Städtebild
(mit Lichtbildern).
Donnerstag, den 12. September: 1. Ober-
pastor Keller-Riga: Baltentum und
Leitentum. 2. Syndikus Dr. Wallroth-
Lübeck: Die moderne wirtschaftliche
Bedeutung des Baltentandes.
Freitag, d. 13. September: **Kunstabend:**
Baltische Kunst in Wort und Ton.
Die Vorträge beginnen um 7 Uhr im großen Saal der
Gemeinnützigen Gesellschaft, Königstraße 5. Der Kunst-
abend findet im Marmorsaal statt. Der Besuch der Vor-
träge ist unentgeltlich. Ueber den Kunstabend folgen
weitere Veröffentlichungen. (4242)

Zirkus Strassburger
Lübeck Fackenburger Allee.
Freitag, 6. September, abends 8 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Sonnabend, den 7. September:
2 Große Vorstellungen 2
Nachmittags 3 1/2 Uhr und 8 Uhr abends.
Zu dieser Nachmittags-Vorstellung zahlen Kinder unter
12 Jahren halbe Preise. (4253)
Zu jeder Vorstellung neues Programm.
Karten-Vorverkauf: Verkehrskasse Holstenhaus.

Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker
Vereins-
Bräu

Kavaria-Brauerei
Lübeck-Möns
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 62a Tel. Nr. 64
Heinrich Waller
Breitestraße
Herrenwäsche,
Krawatten, Unterzeuge,
Hüte, Seife etc.

Praktischer Wegweiser
Rechnet wöchentlich
= sich selbst = empfehlenswert. Geschäfte = 2 empfohlen =
Schloßbrauerei Khol
werden überall bevorzugt.
Wilhelm Rahlfoht
Untertrave 118. Telefon 627
verleibhafte Bezugsquelle von
diversum Weizen u. Spirituosen

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
G. m. b. H.
Liefert das Feinste in allen Warenarten.
Carl Rohde
Schlammhütt, Bedarfsartikel
Pohl-Berger
Julius Schöber
Leinwand, Wollwaren
Große Burgstr. 55

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck
Mows-Wühle, Mühlenfabrikate
Ratzeburg
Ratzeburger
Aktien-
Brauerei

Zwei Exempel der Kriegswirtschaft.

Von der Parteien Haß und Günst verwirrt, schwankt das Urteil über die deutsche Kriegswirtschaft. In leidenschaftlichen Angriffen streben die Interessenten des freien Handels die Unwirtschaftlichkeit und Unwirksamkeit der behördlichen Regelung des Wirtschaftslebens zu erweisen. In sehr vielen Fällen wurde nachgewiesen, daß hinter diesen Angriffen nichts oder Unrechtes, wenn nicht gar böser Wille steht. Um so schlimmer, wenn solche Anklagen auch nur einen Kern von Berechtigung haben.

Zwei Fälle sind in der letzten Zeit veröffentlicht worden, die tatsächlich zu Skepsis und Besorgnis Anlaß geben und die eben deshalb eine schnelle und gründliche Aufklärung verlangen.

Es handelt sich einmal um die Scheidemandel A. G. und den Kriegsaussschuß für Oele und Fette. Die Scheidemandel A. G. hat sich schon im Frieden ein Monopol auf Knochenhammlung und Knochenverarbeitung zu sichern gesucht. Im Kriege sind nun zahlreiche Dampfverarbeitungsanlagen geschaffen worden, die ebenfalls Fett aus den Knochen gewinnen. Da sie aber unwirtschaftlicher als die Scheidemandel A. G. arbeiten und besonders den Kriegswirtschaftlich eminent notwendigen Leim nicht herstellen, so sind sie mit Stilllegung bedroht. In ihrer Gegenwehr greifen sie die Scheidemandel A. G. scharf an und beschuldigen sie über unzulässige Beziehungen dieses Unternehmens zu dem Kriegsaussschuß für Oele und Fette.

Die Beschwerden gehen in drei Richtungen: Einmal habe die Scheidemandel A. G. dem Kriegsaussschuß für Oele und Fette Bureaus, Beamte und sogar Telefon zur Verfügung gestellt, sich also selbst die zu ihrer Ueberwachung geschaffene Kontrollorganisation bezahlt. Von dieser Behauptung ist nur ein Schritt zu der anderen, daß die große Spannung zwischen Knochenpreisen und den Preisen für die Erzeugnisse auf eine unzulässige Einwirkung auf den Kriegsaussschuß zurückzuführen sei. Dabei wird auf die Tatsache verwiesen, daß sich die im Frieden notleidende Scheidemandel A. G. glänzend saniert und riesige Gewinne erzielt habe.

Als zweiter Beschwerdegrund figuriert der Fettfängerwerttag. Gastwirte sind, um das in den Abwässern enthaltene Fett nicht verloren gehen zu lassen, zum Einbau eines Fettfängers verpflichtet, der umsonst erfolgt, wenn das System Bewerbaum verwandelt wird. Der diese Apparate vertreibende Agent war aber — Beamter des Kriegsaussschusses für Oele und Fette. Dieser soll, was aber bestritten wird, mit Scheidemandel A. G. einen Vertrag geschlossen haben, wonach der Gesellschaft das mit Hilfe dieser Apparate gewonnene Fett auf fünf Jahre nach Friedensschluß geliefert wird. Daraus soll angeblich der Gesellschaft ein Jahresverdienst von 5 Millionen Mark zufließen.

Endlich wird behauptet, daß der Kriegsaussschuß für Oele und Fette unter dem Vorhinein des früheren Direktors der Deutschen Bank, des Messieurs Weigelt, für seine Leihgelder an die Deutsche Bank 5 Prozent Zins gezahlt habe, während die anderen Kriegsaussschüsse ihren Geldbedarf meist bei der Preussischen Seehandlung zu 4,5 Prozent deckten. Daraus soll sich im Jahre ein Betrag von mindestens 300 000 Mark zu Ungunsten des Kriegsaussschusses ergeben haben.

Der andere Fall spielte in der Textilindustrie. Ein Hofrat Hartmann, Besitzer der Firma W. Hartmann u. Co. G. m. b. H. in Berlin, hat zum Einkauf von Papierergarn die Textilunion G. m. b. H. in Berlin gegründet, die wiederum die Vereinigten Textilwerke G. m. b. H. zur Uebernahme der Papierergewebe geschaffen hat. Alle diese Gesellschaften stehen unter der Kontrolle des Herrn Hartmann. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Vereinigter Textilwerke ist der frühere Geschäftsführer des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg, Hofrat Dr. Büttner, Vortragender Rat im Reichswirtschaftsamt und zugleich Direktor des der Kriegswirtschaftsabteilung angeschlossenen Kriegsaussschusses der deutschen Baumwollindustrie.

Vor einiger Zeit wurde das Gerücht verbreitet, daß die Papierergarn-Höchstpreise herabgesetzt werden. Herr Hartmann kaufte in diesem Augenblicke von der Organisation der Papierergarnspinner enorm: Garnmengen 15—20 Prozent unter dem Höchstpreise. Nachher wurde dieses Gerücht demontiert. Der plötzliche große Bedarf des Herrn Hartmann erklärt sich aus der Notwendigkeit, die beschlagnahmten Vorkantstoffe zu ersetzen. Natürlich steht hier der Verdacht ein, daß Herr Hartmann besser als die Aufsichtseter informiert war. Es tauchte die Vermutung auf, die freilich nicht bewiesen, aber auch nicht widerlegt werden kann, daß Herr Hartmann wußte, es würden große Stoffmengen für die beschlagnahm-

ten Vorhänge gebraucht, die Preise für Papierergarn aber nicht ermäßigt.

Es ist so uneben nicht, wenn ein Industrieller, der sich über diese Vorkommnisse in der „Frankfurter Zeitung“ beklagt, verlangt, daß, wenn die Papierergarnpreise ermäßigt werden, auch die Preise für Garnpapier herabgesetzt und für Gewebe und deren Weiterverkauf Höchstpreise oder wenigstens Richtpreise festgesetzt werden, was bisher nicht geschehen ist.

Beide Fälle bedürfen noch der gründlichen Aufklärung, und bevor diese nicht erfolgt ist, wird sich ein begründetes Eindrücke nur schwer fällen lassen. Aber eine Reihe von Eindrücken können schon jetzt festgehalten werden.

Eine der größten Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft ist der Mangel an geeigneten Kräften. Die aus dem Frieden her noch tätigen Staatsbeamten sind meist Juristen, von denen sich zwar ein Teil in schwierige kaufmännische und technische Einzelheiten eingearbeitet hat, aber doch nur ein Teil. Und auch die, die ihrem Amte ein ernstes Interesse schenken, müßten erst Lehrgeld zahlen. Anders gesagt: die ausschließliche Beschränkung des Staates auf die formaljuristische Verwaltung rächt sich. So mußten Sachmänner aus den Privatberufen herbeigeholt werden. Diese neuen Beamten hatten aber entweder schon starke Privatinteressen, oder sie suchten sich die Möglichkeit zu schaffen, nach ihrer befristeten Tätigkeit in einer Kriegsorganisation den Weg in Industrie oder Handel zu finden. Ja selbst wenn die Absicht fehlte, die Tätigkeit in einer Behörde oder in einer Gesellschaft mit behördlichem Einschlag als Sprungbrett zu benutzen, so bestand doch bei sehr vielen dieser Beamten sicherlich der Wunsch, sich nicht durch eine allzu rigorose Handhabung der Geschäfte Haß und Feindschaft zuzuziehen. Neben den Beamten befinden sich natürlich ehemalige Unternehmer, die ihre Tätigkeit nach dem Kriege wieder aufnehmen wollen, in einer gleichen oder ähnlichen Lage.

In derselben Richtung wirkte die Entwertung des Geldes und damit der menschlichen Arbeit. Für die Jahre 1915 und 1916 mag die Tätigkeit in den Kriegsgesellschaften ganz gut, zum Teil auch sehr gut bezahlt worden sei. Später, als die Preise erst in steiler Kurve nach oben gingen, machte sich das Mißverhältnis zwischen der Teuerung und der Entlohnung der Festangestellten auch hier rasch bemerkbar. Es ist eine der ernstesten Sorgen, daß selbst die alte, von einer Tradition getragene Beamtenschaft täglich mehr von der Korruption bedroht wird. War sie früher schon abhängig, so wird sie jetzt hilflos. Diese Erscheinungen müssen natürlich unter der Kriegsbeamtenschaft noch stärker aufpassen. Damit ist nicht bewiesen, daß die Beschäftigung mit dem Wirtschaftsleben für den Staat schädlich ist, sondern nur, daß der Krieg keine moralische Reinigungsanstalt ist.

Vorschläge für eine Bundesratsverordnung über den Mieterschutz.

Die zum Schutze der Mieter am 26. Juli 1917 erlassene Bundesratsverordnung hat sich als nicht ausreichend erwiesen, um der bestehenden Mieternot wirksam zu begegnen. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat deshalb im Anschluß an eine eingehende Erhebung in dieser Tages dem Herrn Reichsminister den Vorschlag gemacht, die Verordnung von 1917 nach folgenden Grundsätzen zu erweitern:

1. Die Errichtung der Miteinigungsämter ist für alle Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern obligatorisch einzuführen. Die kleineren Gemeinden bilden gemeinsam Bezirks-Miteinigungsämter. Die Bundesratsverordnung vom 15. September 1917 (RGBl. S. 834), wonach auch die Amtsgerichte einzuweisen als Einigungsämter tätig sein können, wird aufgehoben.
2. Die Befetzung der Beisitzerposten erfolgt nach Vorschlagslisten der Mieter und Vermieter, zu deren Einreichung öffentlich aufgefordert wird.
3. Die Verhandlungen der Miteinigungsämter sind im allgemeinen öffentlich, doch kann in besonderen Fällen das Amt den Ausschluß der Öffentlichkeit beschließen.

4. Der Vermieter ist verpflichtet, in folgenden, das Mietverhältnis betreffenden Fällen und zwar vor Abschluß der vertraglicher Vereinbarungen mit einem Mieter die Genehmigung des zuständigen Miteinigungsamtes einzuholen:

- a) bei allen Kündigungen,
- b) bei Änderung bestehender Mietverträge,
- c) bei Abschluß neuer Mietverträge,
- d) bei Verlängerung der ohne Kündigungsfrist ablaufenden Mietverträge.

Das Miteinigungsamt hat in jedem Falle die Festsetzung eines angemessenen Mietpreises und die billige Regelung der Vertragsbedingungen herbeizuführen.

5. Die Ausschreibung besetzter Mieträume ist erst nach Genehmigung der Kündigung durch das Miteinigungsamt zulässig.
6. Die Bundesratsverordnung betreffend den Mieterschutz finden auch auf die Untermiete und die Vermietung möblierter Räume Anwendung.
7. Den Gemeinden steht das Recht der Beschlagnahme anderer zum Wohnen geeigneter Räume zu.
8. Die Kündigung und Zinserhöhung von Hypotheken sowie die Verlängerung abgelaufener Hypotheken unterliegen der Genehmigungspflicht und Entscheidung der Hypothekeneinigungsämter.

Der Transportarbeiter-Verband im Jahre 1917.

Es geht wieder aufwärts auch in dieser, in den letzten Friedensjahren drittgrößten deutschen Gewerkschaftsorganisation. Das beweist der Jahresbericht des Vorstandes, der in dem soeben erschienenen Jahrbuch veröffentlicht ist. Durch eine gewaltige Agitationsarbeit in 13335 Besammlungen und Zusammenkünften wurden 28 744 neue Mitglieder gewonnen, 13 418 mehr als im Jahre 1916. Der Mitgliederverlust beträgt 16 029 und 6853 Mann zum Heeresdienst. Die Mitgliederzahl liegt von 38 597 auf 64 725. Zum erstenmal seit Gründung des Verbandes überwiegt die Zahl der weiblichen Neuaufnahmen die der männlichen, an ersteren sind 14 985, an letzteren 14 027 zu verzeichnen. Der Krieg hat der Frauarbeit auch in diesem Gewerbe im weitestem Umfange Bahn gebrochen, wir finden jetzt unter den Mitgliedern des Verbandes weibliche Lagerarbeiter, Packer, Hausdiener, Markthelfer, Fahrstuhlführer, Entlastbarer, Kutsher, Mitfahrer, Bierfahrer, Kellerarbeiter, Speditionen- und Speichersarbeiter, Mühlenarbeiter und Hafenarbeiter, Katarbeiter und Kranführer, Straßenbahnführer und Schaffner, Postauskäufer und noch andere Branchen mehr.

Das Jahr 1917 hat den Verband ein Jahr infanterischer Arbeit für die wirtschaftliche Besserstellung der Berufsgenossen, nicht weniger als 1204 Lohnbewegungen wurden in 3646 Betrieben für 109 878 Beteiligte geführt. Angriffswache wurden 1198 Bewegungen geführt, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, nur ein Abwehrstreik wurde geführt. Gegen das Vorjahr wurden 451 Angriffsbewegungen mehr geführt. Auch eine Ausperrung, die erste in der Kriegszeit, wurde mit vollem Erfolg abgewehrt.

Von allen 1206 geführten Bewegungen ist 1917 nur eine einzige gänzlich erfolglos geblieben, alle anderen Bewegungen haben zum großen Teile mit vollem, zum kleineren Teil mit teilweiseem Erfolg geendet. Dieser glänzende und seit Bestehen der Organisation einzig dastehende Abschluß der Lohnbewegungen ist nicht der Irrtum und ausdauernden Arbeit der Mitglieder den Arbeiterbeschäftigungen des Hilfsdienstes zu danken, die im kritischen Falle immer die Möglichkeit bieten, selbst die hartgejagten Unternehmer vor die Kriegsaussschüsse und Schlichtungskommissionen zu zitiieren und sie dort zu Verhandlungen zu zwingen. Das dankt die Arbeiterchaft lediglich dem Weiblich und der Energie unserer sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den gewerkschaftlichen Abgeordneten, die, als das Gesetz geschaffen wurde, mit allem Nachdruck auf die Einfügung genannter Schutzbestimmungen bestanden.

Die Art, wie die Lohnbewegungen geführt werden konnten, hat auch der Organisation Millionen von Geldern erspart und es so ermöglicht, die Finanzen des Verbandes, die sonst gewaltig

Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

81. Fortsetzung.

„An welchem Tage geschah das?“
„Warten Sie — es war an dem Tage, an dem Frau Arnolds Ball stattfand, am sechsten März; gerade als meine Nichte ausging, wurde die Kasse überfahren, und ich habe sie, etwas Chloroform zu kaufen, für den Fall, daß ich etwas brauchen sollte.“
„War die Kasse gefüllt, als sie Ihnen von der Angeklagten überreicht wurde?“
„Soviel ich mich erinnere, ja.“
„War ihre Nichte aufgeregt oder unruhig, als sie zurückkehrte?“
„Nein, mein Herr.“
„Wann war das?“
„Ungefähr zwanzig Minuten nach sechs.“
Dwight erklärte, keine weiteren Fragen stellen zu wollen, und Foster begann:
„Stehen Sie auf seinen der Union oder der Konföderation?“
„Meine Gefühle sind geteilt,“ war Fräulein Metoacas ruhige Antwort; „ich habe in beiden Heeren Verwandte und Freunde.“
„Sind Sie eine Freundin der Rebellen?“ Antworten Sie ja oder nein.“
„Ich bin es, mein Herr, wie viele andere Frauen in Washington.“
„Und die Angeklagte ebenfalls?“
„Ich vermag nichts über die Gefühle meiner Nichte auszusagen.“
„Wo war diese in der Nacht des siebenundzwanzigsten Dezember 1864?“
„Sie verlebte Weihnachten mit Freunden in Baltimore und kam erst am Tage nach Neujahr nach Washington zurück.“
„Nennen Sie bitte diese Freunde.“
„Herr und Frau Murray, Saratogastraße 24 in Baltimore.“
Foster schrieb sich Namen und Adressen auf.
„Es ist gut, Fräulein Newton; Sie können sich zurückziehen.“
Als sie an Kelly vorbeiging, neigte sie sich zu ihr und flüsterte zärtlich: „Grüße dich nicht, mein Liebling; du wirst befreit werden.“ Dann war sie verschwunden.
Dwight hat jetzt den Gerichtshof, eine zeitweilige Vertagung der Verhandlungen bis zum nächsten Morgen eintreten zu lassen, da der Senator als hauptsächlichster Verteidiger in dringender Angelegenheit abgerufen worden sei, wogegen aber Foster Einspruch erhob. Er wies auf die kostbare Zeit der Mitglieder der Kommission hin und daß Staatssekretär Stanton befohlen habe, die Verhandlung so schnell wie möglich zu beenden, somit wolle er jetzt den ganzen Fall in seiner bisherigen Sachlage dem Gerichtshof unterbreiten.

Kun erinnerte ihn Dwight daran, daß, da Aussagen vom Hörensagen vom Gerichtshof nicht als rechtsgültig anerkannt worden wären, man noch das Zeugnis des Rundschafters Belden abwarten müsse.
„Die Anklage kann vorläufig noch warten,“ erklärte Foster höflich, „die zweite dagegen auf vorsätzlichem Mord ist bereits völlig bewiesen.“
„Ich bestreite dies,“ erwiderte Dwight fest.
„Und ich behaupte, daß dies nur eine List ist, um Zeit zu gewinnen — ich bitte den Gerichtshof, mich anzuhören; wir haben gesehen, daß Hauptmann Lloyd, ein tapferer Soldat, bei Erfüllung seiner Pflicht hinterlistig ermordet wurde. Sie, meine Kameraden, haben erfahren, wie die Mörderin die Treppe hinabschlief, kein Schlafzimmer betrat, die Tasche stahl, die das belastende Papier enthielt — dann, immer noch in der Furcht, er könne ihre Schuld beweisen, beugte sie sich über den schlafenden Mann — und machte ihn für immer unshädlich. Dieses — er schlug mit der Hand auf den Tisch — ist bewiesen. Die Verteidigung soll das ablegen, wenn sie es kann!“
„Wir leugnen nichts!“ Mit entschlossenem finsternen Gesicht bahnete sich Warren einen Weg durch das überfüllte Zimmer — er war unbemerkt wieder eingetreten. Er ging, ohne Kelly anzublicken oder anzureden, an ihr vorbei und blieb dann stehen.
„Wir geben die Wahrheit des eben Gehörten zu.“
Diese Erklärung wirkte wie ein Donnerhagel; Offiziere und Zuschauer sahen stumm, der Sprache beraubt da; Kelly war totbleich geworden und starrte mit Augen voller Todesangst auf Warren, dessen mächtige, unbarmherzige Stimme jetzt durch den Raum klang.
„Sie haben gehört, wie sie sich in jenes Zimmer stahl mit Mordgedanken im Herzen, während die Schuld früherer Tage ihr Mut verließ zu der verzweifeltsten Tat; mit vertohlenen Schritten nähert sie sich dem Bett, sie sucht in den Falten ihres Kleides und zieht eine Spritze hervor. Geschick, mit geübter Hand, vertritt sie in den kräftigen Arm, welcher einst so kühn im Kampfe war und jetzt kraftlos auf dem Kissen liegt. Ruhig beobachtet sie, wie das Gift in seine Adern strömt, dann tritt sie zurück und verbirgt die Spritze zwischen der Matraze und dem Kopfende des anderen leeren Bettes. Als sie die Hand ausstreckt, um den Kopf des Hauptmannes zu durchsuchen, wird die Tür nach dem Korridor aufgeschoben, aber nur — um einen wohlbekannten Hund hereinzulassen. Rasch will sie ihr Suchen fortsetzen, da näht eine neue Unterbrechung — die Tür des Wohnzimmers öffnet sich; erschrickt heftig, ihr Herz klopt zum Zerplatzen. Ein zögernder Schritt kommt über die Türschwelle; sie beruhigt sich allmählich, denn — ein Blinder kann ihr nicht schaden. Sie erfährt die Briertasche, da fällt Gobbard über den Hund. Das Geräusch erweckt die bewußtlose Gestalt auf dem Bett, jedoch flüchtet er einen Namen — einen vertrauten Namen — den Namen von —“

Ein lauter Angschrei erscholl — der Schrei einer gequälten Seele! Die erstarren Offiziere springen auf — die Zuschauer steigen auf die Stühle, um besser zu sehen.
„Sichselben, sichselben!“ brüllt Foster.
Eine Gestalt wankt auf den Gang hinaus: „Luft, Luft — ich ertrage — ich will hinaus!“
„Gerade das ist unmöglich! Wache, hier ist Ihre Gegenwart,“ und Warren deutet auf Frau Bennett, die zu Boden stürzt.
20. Kapitel.
Es wollte Oberst Andrews jedoch nicht gelingen, die Ruhe wiederherzustellen; erst als die bewußtlose Frau in ein anderes Zimmer getragen worden war, ließ die Aufregung nach. Die an allen Gliedern zitternde Kelly brach in ihrem Stuhl zusammen, unfähig, nach dem ausgehenden Schreden ein Wort zu sprechen; Frau Arnold, nach totschändlich von der erlittenen Aufregung, klammerte sich an Frau Warren und hat unter Tränen, nach Hause gebracht zu werden. Der Vorsitzende schrie endlich mit purpurrotem Gesicht: „Dieses ungeschickliche Benehmen muß aufgehört werden. Major Lane, rufen Sie die Wache und lassen Sie das Zimmer räumen!“ Nun trat augenblicklich Stille ein, und Warren wandte sich an den Gerichtshof.
„Ich bitte um Entschuldigung, einen solchen Auftritt herbeigeführt zu haben; ich lehnte mit der Absicht zurück, einen Ausschluß der Verhandlung zu erbitten, so daß ich Beweise gegen Frau Bennett sammeln könnte, doch als ich Herrn Hauptmann Foster gegen die Vertagung sprechen hörte, nahm ich die Gelegenheit wahr, der Schuldigen ein Bekenntnis zu entreißen durch eine so genaue Schilderung des Mordes, daß sie glauben mußte, einen Augenzeugen dabei gehabt zu haben. In Sicherheit gewiegt, da sie glaubte, eine andere würde an ihrer Stelle verurteilt werden, übermüdete sie der Schrei über meine unerwarteten Worte derart, daß sie sich verriet.“
„Haben Sie keine weiteren Beweise?“ fragte Foster kurz.
„Meine erste Zeugin ist die Krankenpflegerin, Fräulein Max Phelps,“ war Warrens ausweichende Antwort, und diese wurde nun heringeführt. Sie erzählte, wie sie die Spritze aufgefunden und weshalb sie sie Doktor Ward übergeben habe. Nach ihr nahm dieser den Zeugenstuhl ein und berichtete in kurzen Worten, wie er das Gift entdeckt habe; er holte die Spritze hervor und reichte sie Foster. Nachdem er das Zimmer verlassen, wurde Doktor John Woods Name aufgerufen, und der berühmte Chirurg knippte herein — sein Eintritt wurde von den Zuschauern mit unterdrücktem Beifall begleitet, so daß wiederum des Vorsitzenden Ruf nach Ruhe erklang. Nachdem er nach seiner Verteidigung die erste Frage Fosters bejüngend beantwortet hatte, begann Warren seine Vernehmung:
„Nennen Sie, Herr Doktor, das Kuraregift?“
„Gewiß — ich brachte etwas davon mit, als ich das letzte Mal in Südamerika war — es ist jetzt unmöglich, es hierzulande zu erhalten.“
Fortsetzung folgt.

Die Wahlen gekommen wären, zu konsolidieren. Ein Vergleich mit Lohnbewegungs-Ergebnissen des letzten Friedensjahres 1913 bemisst dies.

In jenem Jahre mußte der Transportarbeiterverband, um einen Lohnerhöhungserfolg von insgesamt 4 833 000 Mark zu erzielen, nicht weniger als 2 207 000 Mark für Lohnkämpfe voraussetzen, wogegen im Jahre 1917 bei einer Ausgabe von 7111 Mark für Lohnbewegungsaktionen mehr als 46 000 000 Mark an Lohn-erhöhungen und Lohnerhöhungsanlagen erzielt werden konnten. Der Unterschied in den Vergleichszahlen ist so groß, daß selbst ein geistig blinder mit dem Krücheln seiner Gedanken fühlen muß, daß die Schutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes dank der Gewerkschaften nicht eine bloße Papiersternerlei geblieben, sondern in die Tat umgesetzt worden sind.

Die wichtigsten Lohnzulagen bewegten sich 1917 bis zur Höhe von 42 Mark pro Woche. Die Bewegungen des Jahres 1917 haben außerdem für 5683 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe bis sechs Stunden pro Woche gebracht. Fern für rund 47 000 Personen die Erhöhung der Bezahlung für Überstunden bis 50 Proz., Entschädigung für Sonntagsarbeit für 20 000 Personen. Dazu kommt eine große Reihe kleinerer Vorteile.

Dank der geringen Ausgaben für Lohnbewegungen konnten sich auch die Finanzen des Verbandes etwas erholen. Trotzdem durch die Hauptkasse 358 416 Mark in den verschiedenen Unterküsstungenarten an die Mitglieder zurückgeführt wurden, konnte ein Vermögenszuwachs von 107 118 Mark erzielt werden. Die Hauptkasse des Verbandes verfügte am Schluß des Jahres 1917 über einen Kassenbestand von 1 152 693 Mark, die Ortskassen über einen solchen von insgesamt 131 136 Mark. Das sind Mittel, die allerdings stark vermehrt werden müssen, sollen die Transportarbeiter für die über eintretenden großen Lohnkämpfe in kommender Friedenszeit genügend gerüstet sein.

Gewerkschaftsbewegung.

„Ungejunde“ Lohnsteigerung. Welcher Mittel das Unternehmertum sich bedient, um Arbeiter an der Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse zu hindern, zeigt die recht folgernde von der „Merkur Flugzeugbau G. m. b. H.“ an die Flugzeuge bauende Firmen überliefertes streng vertrauliches Schreiben:

Merkur Flugzeugbau G. m. b. H.
Berlin SO. 38, 26. Juli 1918.
Trentauer Str. 36-40.

Streng vertraulich.
Wir bitten die verehrliche Direktion, Ihren Betrieb veranlassen zu wollen, daß der erst 18 Jahre alte Schlosser Max T., geb. am 21. 1. 1900, wohnhaft zu Berlin (folgt Straße und Hausnummer) nicht eingestellt wird.

T. ist bei uns als Schlosser mit einem Stundenlohn von 1,50 Mk. angestellt, arbeitet in der Teilschloßerei Afford und verdient durchschnittlich 2,75 bis 3 Mk. pro Stunde. T. verlangt jetzt einen Abschreibehin mit dem Hinweis, daß er bei der Firma H. C. G., Flugzeugbau Hennigsdorf, 2,50 Mk. Stundenlohn und entsprechend erhöhten Afford erhalten kann.

Sie werden wahrscheinlich auf dem gleichen Standpunkt wie wir stehen, daß die Verhältnisse, wie sie in der letzten Zeit bezüglich Lohnforderungen herausgewachsen, dermaßen ungesund geworden sind, daß Sie uns in diesem Falle unterliegen werden.

Wir haben von diesem Falle der Kgl. Inspektion Kenntnis gegeben und erwarten auch von dieser Stelle Unterstützung.

Es sollte uns sehr angenehm sein zu hören, ob Sie unsere Bitte erfüllen werden, und zeichnen wir im voraus bestens dankend

Hochachtungsvoll
Merkur Flugzeugbau G. m. b. H.
(gez.) Unterschrift unleserlich.

Diesem Unternehmer, die die Kriegskonjunktur so nor- trefällig zu ihrer märchenhaften Bereicherung auszunutzen ver- stehen, fänden es ungesund, wenn Arbeiter ihre Arbeitskraft dort verkaufen wollten, wo sie dieselbe am besten bezahlt erhalten. Und um diese Absicht des betreffenden Arbeiters zunächst zu machen, wird nicht nur an das Solidaritätsgefühl der Unterneh- mer appelliert, sondern auch die Kgl. Inspektion in Kenntnis ge-

legt und von dieser Seite Unterstützung erwartet. Es wäre von Interesse, zu wissen, wie die Kgl. Inspektion über die von der Firma erwartete Unterstützung denkt.

Kommunales.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher der Rheinpfalz tagte am Sonntag in Neustadt a. S. Sie war von 39 Orten durch 112 Delegierte besucht, auch einige Gewerkschaftsvertreter waren vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der bevorstehenden Aenderung der pfälzischen Gemeindevorfassung, die den Städten neben anderen Verbesserungen die Kreisunmittelbarkeit mit Einkammerregiment bringen und ihr Selbstverwaltungswesen erhöhen soll. Unsere Landtagsabgeord- neten wurden beauftragt, den Verbesserungen zuzustimmen, Ver- schlechterungen dagegen abzulehnen. In der Ernährungsfrage forderte die Konferenz nach einem entsprechenden Referat und ausgiebiger Diskussion möglichst reichliche Erhaltung der Lebens- mittel bei den Produzenten und die Bekämpfung des Wuchers und des Schleißhandels. Für den Wein, der in der Pfalz Volks- getränk ist, werden erschwärzlich Preise und die Bekämpfung des Wuchers verlangt. Eine Kommission von vier Genossen soll in diesem Sinne bei der Kreisregierung in Speyer vorstellig werden. Zum Schluß beschäftigte sich die Konferenz mit der Wohnungs- frage und stimmte den vorgelegten Richtlinien zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu, die sich in Aufgaben der Gemeinden, des Staates und des Reiches gliedern. Wie groß die Wohnungsnot in den Pfälzer Industriestädten ist, zeigt Ludwigshafen, wo bei 90 000 Einwohnern im Dezember 1917 nur fünf leerstehende Woh- nungen vorhanden waren und Baracken, Tanzsäle und Schulzim- mer zu Wohnzwecken verwendet werden müssen.

Für unsere Feldgrauen.

Militärische Heiratserlaubnis.

Die ihrer aktiven Dienstpflicht genügenden Mannschaften be- dürfen zur Verheiratung eines Heiratserlaubnisses. Zu den aktiven Mannschaften gehören auch jene Leute, deren gesetzliche aktive Dienstzeit während des Krieges ihr Ende fand, die aber noch nicht zur Reserve überführt worden sind, weil dies wäh- rend des Krieges nicht zulässig ist. Dieser Bestimmung sind also nicht unterworfen: Die nur aus Anlaß der Mobilmachung als Angehörige der Reserve, der Landwehr und des Landsturmes, so- wie der Ersatzreserve in das Heer eingestellten Militärpersonen; Kriegsfreiwillige, die nur für die Dauer dieses Krieges in das Heer eingetreten sind; Wehrpflichtige die ausgebildet waren und bei den Nachmusterungen ausgehoben worden sind.

Zur Verheiratung der Ehegattinnen zwischen Heeresangehöri- gen und Bewohnerinnen der besetzten Gebiete sind die nach den Landesgesetzen zuständigen Organe berufen. Derartige Ehen gel- ten aber während des Krieges als militärisch unerwünscht, wes- halb solchen Militärpersonen, die der Heiratserlaubnis bedürfen, diese Erlaubnis in der Regel verweigert wird. Anderen Militär- personen kann die Pflicht auferlegt werden, von der Absicht einer solchen Ehegattine ihrem vorgelegten Offizier vorher Meldung zu machen. Unter Umständen kann dann der Plan durch eine Ver- heiratung zunichte gemacht werden.

Ausdehnung des Kapitalabfindungsgegesetzes.

Die vom Reichstag beschlossene Ergänzung des Kapitalabfin- dungsgegesetzes sieht vor, daß die Kapitalabfindung zum Zwecke der Ausdehnung auf die Teilnehmer an früheren Kriegen zugestan- den werden kann. In Betracht kommen dabei die Teilnehmer an der China-Expedition und an den kriegerischen Unternehmungen in den Kolonien. Kapitalisiert kann werden die Kriegs-, die Ver- stümmelungs- und die Tropenzulage. Nach Vollendung des 55. Lebensjahres findet im allgemeinen eine Kapitalabfindung nicht mehr statt, jedoch also z. B. Teilnehmer am Kriege von 1870/71 auf keinen Fall in Frage kommen können.

Lohnungsaufbesserung der Laborantinnen.

Die Lohnung der bei den Blutunterstützungsinstituten im Etap- pen- und besetzten Gebiet beschäftigten Laborantinnen wird für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, mit Wirkung vom 1. März 1918 ab, von 33,30 Mk. auf 60 Mk. monatlich erhöht.

Aus Nah und Fern.

Zu dem Diebstahl bei der Preussischen Staatsbank (Agl. Seehandlung), über den wir bereits berichteten, entnehmen wir dem „S. Fr.“ nach folgende Einzelheiten: Anfang August d. J. hatte der Viehhändlerverband Altona der Staatsbank 600 000 Mk. zur Guthchrift auf das Konto der Schleswig-Holsteinischen Bank in Hülum überwiesen. Das diese Ueberweisung enthaltene Schrei- ben wurde unterschlagen und dafür ein anderes, gefälschtes Schrei- ben unterschrieben, in dem als Guthchriftempfänger die Firma S. Florshheimer, Erdmetalle, Berlin N. 62, Kienitzstraße 42; be- zeichnet war. Dieser Betrag war mit so genauer Kenntnis aller banktechnischen Einzelheiten vorbereitet worden, daß er trotz schar- fer Kontrollvorschriften zunächst unentdeckt blieb und der Geld- betrag der Firma Florshheimer, die bei der Staatsbank ein Konto unterhielt, gutgeschrieben wurde. Unmittelbar nach Guthchrift, am 8. und 9. August, hat die Firma daraufhin den Betrag in zwei Teilbeträgen von 346 000 und 254 000 Mk. abheben lassen. Beide Beträge sind auf ihr ausdrückliches Verlangen hin, und zwar in Tausendmarktscheinen, ausbezahlt worden. Als dieser Lage die eigentliche Guthchriftempfängerin über den durch den Fälscher auf das Konto Florshheimer abgeleiteten Geldbetrag verfuhr, wurde der Betrag entdeckt. Der aus Chemnitz stammende Hilfsarbeiter in der Korrespondenz, Guido Bobinger, wurde unter dem Verdacht, an der Fälschung beteiligt zu sein, verhaftet. Eine Firma Florshheimer ist im Hause Kienitzstraße 42 in Berlin völlig unbekannt. Ebenso kennt niemand in Kreußen der Erdmetallebranche diese Firma. Anfang Juli hat im Hause Kienitzstraße 42 eine Frauenspezon für ihren angeblichen Helfer S. Florshheimer, der aus Frankfurt zuziehen werde, ein Zimmer gemietet und im Voraus bezahlt. Sie hatte dann einen Brief- kasten mit dem Gummimittelverschluss S. Florshheimer an der Zimmertür angebracht und war nur jeden Morgen erschienen, um die Post abzuholen. Mit welcher Vorsicht die Fälscher zu Werke gegangen sind, zeigt der Umstand, daß sie zu den wenigen mit der Bank geschäfteten Schriftstücken vier verschiedene Schreib- maschinen benutzt haben.

Ein noch nicht aufgeklärtes Verbrechen ist nachts im Norden Berlins verübt worden. In seiner Straßender Straße 28 be- legenen Wohnung erwürgte der 25jährige Konrad Karl Sach- se eine gleichaltrige Ehefrau. Am Mittwoch vormittag erschien der Mann auf dem zuständigen Polizeirevier und machte von seiner Tat selbst Mitteilung. Er will das Verbrechen in voller Befinn- nungslosigkeit begangen haben. Weder die näheren Einzelheiten ist man vorläufig auf die Darstellung des Chemnitzer ange- wiesen. Er erzählt, daß er sowohl wie seine Frau sehr nervös seien und aus diesem Grunde täglich Streitigkeiten entstanden seien. Weh- rach hätten sie sich gebernt, aber immer wieder versöhnt. Nach dem letzten Streit am Montag habe er Dienstag abend seine Wohnung wieder aufgesucht und nach erfolgter Ausöhnung be- suchten beide ein Lichtspieltheater und nahmen später in einem Lokal der Reinickendorfer Straße noch Getränke zu sich. Gegen 12 Uhr begaben sich beide nach Hause. Wie S. behauptet, habe die Frau bald darauf wiederum Streit begonnen. In seiner Auf- regung habe er seiner Frau die Kehle zugehalten. Beide seien gestürzt. Als er von ihr abließ, nahm er zu seinem Schreck wahr, daß die Frau ohne Bewußtsein war. Nach vergeblichen Wieder- belebungsvorversuchen sei er von Verzwweiflung gepackt nach Plöthen- see gelaufen, um sich das Leben zu nehmen. Er versuchte, sich die Pulsadern zu öffnen und sprang ins Wasser. Die polizeiliche Feststellung ergab, daß S. sich in der Tat einige Schritte am Hand- gelenk beigebracht hat. Mittwoch früh gegen 7 Uhr erschien S. bei seiner Mutter, die gleichfalls in der Straßender Straße wohnt und das einzige Kind ihres Sohnes in Pflege hat. Er war durch- näßt und beschämt und gab wirre Antworten. Als die Mutter ihn mit trockenen Kleidern versehen, gestand er der Mutter plöth- lich alles. Diese veranlaßte dank seinen Gang zur Polizei. S. äußerte tiefe Reue über seine Tat, die nur durch einen unglück- lichen Zufall verursacht sei.

Der gut verjagte Dompfropf. In Breslau sind Diebe von der Oder aus in den sonst unbedingt sicheren Keller des Domp- propfes Dr. Koenig eingedrungen. Sie stahlen 32 Flaschen Spiritus, 30 Töpfe eingekochte Fühner-, Kalb- und Rindfleisch, zwei Töpfe mit Butter, zu je drei Pfund, vier Büchsen kondensierte Milch, drei gebrauchte Tauben und vier Kalbszungen. Auf einem Overtahn haben sie die Beute abtransportiert.

Sorget nicht für den anderen Morgen, was werden wir essen, was werden wir trinken! So leht die Schrift. Nun, der Herr Dompfropf mag lange gejagt und gefastet haben, ehe er von den knappen Rationen der Stadt Breslau soviel Fleisch- und Fett- marken „erharte“, um diesen Nothappen zusammenzubringen. Und dies umjomehr, als ja wahrscheinlich auch in Breslau ein Dompfropf keine Schwerk- oder gar Schwerstarbeiterzulagen erhält! Schwere Amtsverbrechen. In Beuthen (Ob-Schl.) wurde der Schuhman Wilhelm Skille aus Roschin, welcher am Grenz- übergang Borken-Schoppinich von Arbeitern eingeschmuggeltes Schinken, Speck, Butter, Saiso beschlagnahmte, um sie ihnen nach- her gegen entsprechende Bezahlung wiederzugeben, zu 3 1/2 Jäh- ren Zuchthaus verurteilt. Der Richterakt des Kriegesge- richts bezeichnet die Straftaten als Raubereien.

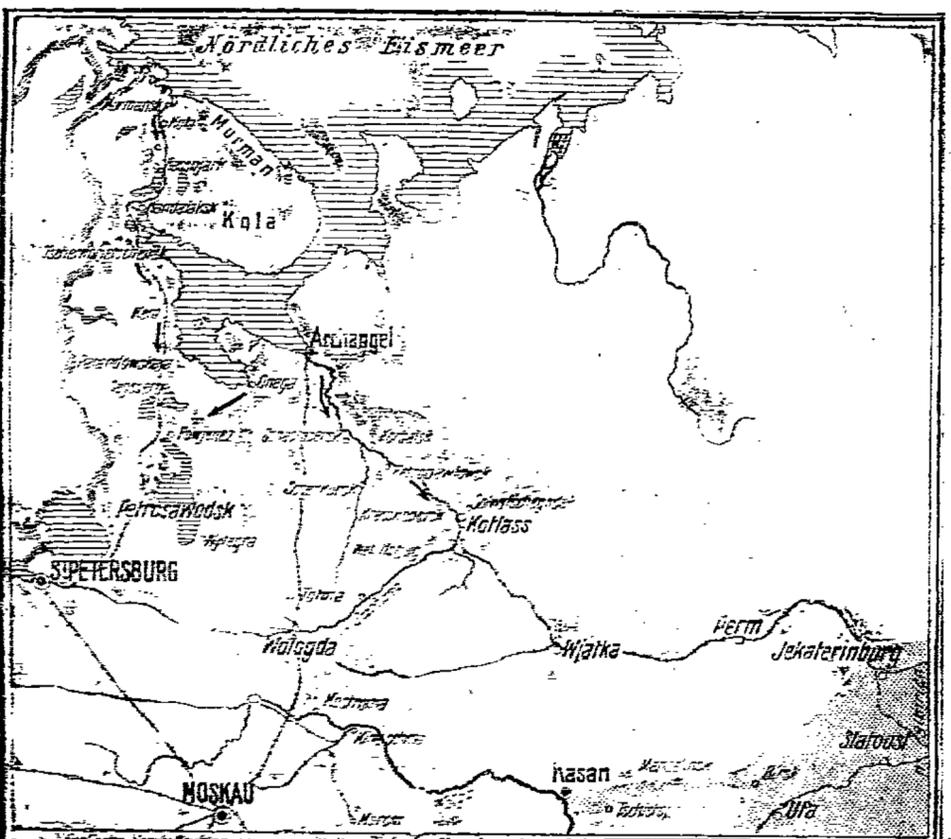
Sturm Schäden in Ostland. Eine Windhose richtete, wie die „Ballische-Litauischen Mitteilungen“ erzählten, in Ostland einen großen Schaden an. Die Windhose hat ein Gebiet von 10 Ki- lometer Länge und zwei bis 300 Meter Breite förmlich wegge- walzt. Sie nahm ihren Anfang in den Dirsker Wäldern und hob sich dann über die Gemeinden Sala, Pflaucken, Alt-Ruita, Mitt- Ruita, Neu-Ruita, Klein-Ruita bis zum Gute Lohberg. Ge- häude und Brücken wurden von der Gewalt des Windes zerstört. Im Lohberger Walde wurden 45 Postellen Kuchholz vertriebt.

Wie alt ist der Jüder?

Das Wahlschlagen der Menschen am Sühen ist uralte und war schon in grauen Vorzeiten über die Erde verbreitet; damals mußte allerdings noch der Honig die Stelle des Zuckers vertreten; doch erwähnt bereits Plinius den Rohrzucker aus Arabien. Von Euro- päern sollen zuerst die Soldaten Alexanders des Großen in Ost- indien, der Urheimat des Zuckerröhres, mit dem Zucker bekannt ge- worden sein. Die Griechen und Römer kannten den heutigen Zucker sehr gut. Die Chinesen wussten gar schon 2000 Jahre vor den Europäern Zucker zu bereiten und Mengen davon ausgeführt haben. Auch seine antiseptische Wirkung war ihnen bereits bekannt. Die eifrigen Vertreter des Zuckerröhrens im ersten Jahrhun- dert der christlichen Zeitrechnung waren die Sarazenen. Durch sie kam das Zuckerröhre nach Syrien, Ägypten, Sikkim, und Spanien. Alexandrien war im neunten und zehnten Jahrhundert der Hauptapelpfah für den levantinischen Zucker. Ein Venezianer erfand dann die Kunst, ihn zu raffinierten, die bald eine er- träglichere Erntesquelle für Venedig wurde. Der Verbreitung des Zuckers im Abendlande war namentlich auch der Umstand förder- lich, daß allein der Zucker die Heercharren der Kreuzfahrer bei der Belagerung von Akhas und Maasra vom Hungertode rettete. In Frankreich machte man 1549 Versuche mit dem Anbau des Zuckerröhres, die infolge der strengen Winter nur teilweise glückten. Das Pfund kostete fünf Franken. In Deutschland hielt man noch im Mittelalter an dem althergebrachten Gebrauch, die Spizien durch Honig zu verühen, fest. Erst 1579 wurde in Dresden die erste Zuckerraffinerie angelegt. 1447 entdeckte der Chemiker Marggraf den hohen Zuckergehalt der Runkelrübe; die erste Rübenzuckerfabrik wurde aber erst 1801 von Arndt in Nieder- schlesien begründet. Im letzten Jahrhundert hat sich die Herstell- ung und der Verbrauch des Zuckers dann ungeheuer gesteigert. 1826 wurden in ganz Europa 2 1/2 Millionen Zentner Zucker ver- braucht, 1850 dagegen 18 Millionen, 1902 120 Millionen Zentner. Die noch zu Großvaters Zeiten weit verbreitete Ansicht, daß der Zucker nur eine Letztstufe sei, hat in unseren Tagen einer anderen Anschauung weichen müssen, und unsere Ärzte sind sich über den Wert als billiges und vorzügliches, namentlich mangelkräftigen, Nahrungsmittel heute einig, so daß ihn verschiedene Rassen auch als Extraktion bei starken Anstrengungen in ihren Heeren ein- geführt haben.

Englands Krieg gegen die Sowjet-Republik.

Die Engländer haben nun- mehr auf den ihnen offen liehen- den Wegen den Vormarsch gegen die Sowjet-Truppen in Großrußland angetreten. Dabei ist zu bemerken, daß ihr Hauptstos nicht gegen Peters- burg richtet, sondern auf Kollas an der Dwina. Kollas ist näm- lich der Endpunkt des russischen Eisenbahnnetzes im Nordosten. Die Einkünfte von Kollas würde ihnen den Schlüssel an die bei Fekaterizenburg im Ural kämpfenden Truppen der Tschecho-Slowaken ermöglichen und das ist zunächst das wich- tigste Ziel der Engländer. Eine britische Truppe ist auf Kanonen- booten und Prähmen von Archangel auf der Dwina ab- gefahren. Bei Korpalsk ist es zu einem Gefecht mit einer rus- sischen Flotille gekommen, die von Schenkarsk aus der Woga herabgekommen war. Allem Anschein nach ist diese Flotille aber nur noch auf die Nachhut der Engländer getroffen und hat zwar einen Prähm versenkt und 60 Engländer gefangen genom- men. Die Hauptmacht war aber schon vorbei und nähert sich jetzt der Stadt Krasnodorsk, wo die Bolshewiki, die aus Solowitschegodsk, Kollas und Wiliki Mitjug Truppen zusam- mengesetzt haben, den Weg sperren wollen. Zwischen sind in Archangel neue englische Trup- pen angekommen, die ebenfalls auf Schiffen die Dwina auf- wärts ziehen. Wenn auch hier nicht mit großen Meeren des Landes zu rechnen ist, er soll insgesamt noch nicht 4000 Mann zählen, so ist doch die bessere Bewaffnung und vor allem das Geld, das ihm bisher die Wege geöffnet hat, nicht zu unterschätzen. Die beiden anderen Aktionen gehen zur Sicherung der englischen Stellung auf der Kola-Halbinsel neben- her. Einmal gehen die Engländer längs der Murmanbahn nach Süden. Sie sollen z. B. in der Gegend von Segoselo angelangt sein, und wollen Bostjenez erreichen. Das gleiche Ziel strebt die zweite Expedition, die von Omega über durch



Englands Krieg gegen die Sowjet-Republik

das Samojlaxd unterwegs ist, und etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt hat. Überall öffnet ihnen Geld und die kostli- che Abgabe von Nahrungsmitteln die Türhaken und, wo etwa eine Sowjetbehörde Widerstand leisten will, wird kurzer Prozeß gemacht, Gefangenhaft oder eine Kugel befreit die ihnen im Wege stehenden Elemente. Daß Bolschewez keinen ohne Kampf in die Hände fallen wird, ist zu bezweifeln. Sow- jettuppen sind wenigstens von Petrosawodsk aus dorthin unterwegs und man wird wohl bald von ernstlichen Zusam- menstößen hören.